

# DEUTSCHE POLIZEI

AUGUST 2013 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



## *Bereitschaftspolizei „Immer in erster Reihe“*

### IN DIESER AUSGABE:

**BFA BEREITSCHAFTSPOLIZEI:**  
Augenmerk auf hohe Einsatzbelastung

**FACHTAGUNG:**  
Ehrbezogene Verbrechen

**POLIZEILICHE EIGENSICHERUNG:**  
Psychologische Grundlagen

**GESCHICHTE:**  
Polizeigewerkschafter als Opfer des NS-Terrors

**KRIMISERIEN:**  
Wenn Polizisten Polizisten spielen

**SENIOREN**



Foto: GdP/Immel

Mit dem sperrigen Thema „Ehrensache(n) – Zwangsheirat und Ehrenmord“ hatte sich die GdP eine Menge vorgenommen. Das Thema polarisiert. Nicht zuletzt ging es also darum, Definitionen zu finden, auf die alle beteiligten Experten sich verständigen konnten.

**Seite 9**

**EIGENSICHERUNG**



Foto: Roessler/dpa

Das Thema Gefahrenwahrnehmung und -bewältigung ist bisher erstaunlicherweise kaum wissenschaftlich untersucht worden. Die Betrachtung von Gefahren beispielsweise in der Industrie kann nicht auf zwischenmenschliche Situationen übertragen werden, da diese dort meist statisch sind. In zwischenmenschlichen Begegnungen kann sich aber die Gefahr (nur) scheinbar aus dem Nichts entwickeln.

**Seite 11**

**GESCHICHTE**



Foto: Wolfgang Schönwald

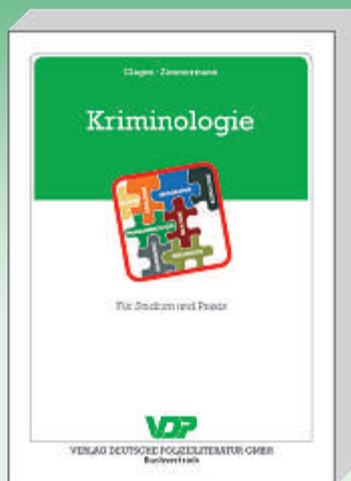
Der Verband Preußischer Polizeibeamten e.V. ist ein Vorläufer der heutigen Gewerkschaft der Polizei. 80 Jahre nach der Machtübernahme durch Hitler und des damit begonnenen Terrors soll an drei verfolgte Mitglieder dieser am 1. Dezember 1933 offiziell aufgelösten Gewerkschaft erinnert werden. Mit diesem Thema befasst sich auch eine Ausstellung.

**Seite 32**

- 2 **KOMMENTAR** Warnzeichen
- 2/3 **FORUM**
- 4 **TITEL/ARBEITSPLATZ BEREITSCHAFTSPOLIZEI**  
Immer in der ersten Reihe
- 8 **BUNDEFACHAUSSCHUSS BEREITSCHAFTSPOLIZEI**  
Augenmerk auf hohe Einsatzbelastung
- 9 **FACHTAGUNG** Ehrbezogene Verbrechen: Zielführende  
Diskussion über ein polarisierendes Thema
- 11 **EIGENSICHERUNG** Psychologische Grundlagen  
polizeilicher Eigensicherung
- 16 **RECHT** Richtig gemacht? Verkehrskontrolle:  
Konkreter Verdacht, Belehrung, Kontrollort
- 20 **MEINUNG** Sanitäre Situation im Fußballfan-Reise-  
verkehr mit der Bahn oft kaum erträglich
- 22 **GESPRÄCHE** Professionelle Einsatzbewältigung  
der Bereitschaftspolizeien sichern und ausbauen
- 23 Malchow verweist auf steigende Einsatzbelastungen  
der Poizei
- 22 **AUS DEN LÄNDERN** Bremen nutzt  
Ermessensspielraum
- 25 **POLIZEISPORT** Fitness für Polizeiberuf  
von hoher Bedeutung
- 25 **BEHINDERTENVERTRETUNG** Den Menschen und  
seine Leistungsgrenzen wieder in den Mittelpunkt stellen
- 27 **KRIMISERIEN** Mit GdP-Stern werden die TV-Tatorte  
authentisch
- 28 **PERSONALIE** „Alter Hase“ neu im Team
- 28 **KRIMISERIEN** Wenn Polizisten Polizisten spielen
- 31 **POLIZEIGESCHICHTE** GdP unterstützt die  
Polizeigeschichtliche Sammlung der DHPol
- 32 **GESCHICHTE** Polizeigewerkschafter als Opfer  
des NS-Terrors
- 34 **FRAUENGRUPPE** Vereinbarkeit von Beruf, Familie und  
Pflege im Fokus
- 36 **MENTORING** Projekt der Frauengruppe  
positiv abgeschlossen
- 36 Politikbetrieb in der Praxis
- 39 **SENIOREN**
- 40 **IMPRESSUM**



# Für das Studium



## Kriminologie

Für Studium und Praxis

Von **Horst Clages** und **Elmar Zimmermann**.  
2. Auflage 2010,  
384 Seiten,  
DIN A 5, Broschur,  
17,90 € [D],  
ISBN 978-3-8011-0602-7



## Kriminalistik

Für Studium, Praxis,  
Führung

Von **Robert Wehmann** und **Claus-Peter Schuch**.  
12. Auflage 2011,  
863 Seiten,  
DIN A 5, Broschur,  
29,90 € [D],  
ISBN 978-3-8011-0662-1



## Staat – Verfassung – Politik

Grundlagen für Studium und Praxis

Von **Helmut Dohr**.  
20., überarb. und aktual.  
Auflage 2010,  
624 Seiten, DIN A 5,  
Broschur + Beilage 3/2012,  
26,90 € [D],  
ISBN 978-3-8011-0633-1



## Repetitorium Beamtenrecht

Fragen und Antworten für die Praxis

Von **Josef Konrad Rogosch** und **Eckhard Wölke**.  
2. Auflage 2010,  
160 Seiten,  
DIN A 5, Broschur,  
19,90 € [D],  
ISBN 978-3-8011-0600-3



## Polizeiliches Grundlagenwissen

Eine Einführung für Studienanfänger

Von **Horst Döding** und **Dieter Schipper**.  
6., überarb. und aktual.  
Auflage 2010,  
236 Seiten,  
DIN A 5, Broschur,  
16,90 € [D],  
ISBN 978-3-8011-0634-8



## Europarecht

Ein Studienbuch für die Polizei

Von **Patrick Ernst Sensburg**.  
2. Auflage 2010,  
256 Seiten,  
DIN A 5, Broschur,  
18,90 € [D],  
ISBN 978-3-8011-0646-1



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb**  
Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 0211/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: [vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de](mailto:vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de) • [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

## Warnzeichen

München, Frankfurt, Westerborg in Rheinland-Pfalz, Berlin, Bremen – selten in dieser raschen Abfolge geriet die Polizei in den vergangenen Wochen und Monaten wegen vermeintlicher oder tatsächlicher Übergriffe, ungerechtfertigter Einkesselungen und Schusswaffengebrauchs mit tödlichem Ausgang in die Schlagzeilen. In fast allen Fällen wurden Videoszenen, aufgenommen von Privatpersonen mit Mobiltelefonen, als Beweisstücke zitiert.



### Klare Position

In zahlreichen Interviews und Stellungnahmen haben meine Vorstandskolleginnen und -kollegen in den Ländern und ich selbst auf vielen Kanälen dem Eindruck entgegenzutreten versucht, diese umstrittenen und in der Öffentlichkeit in die Kritik geratenen Fälle seien exemplarisch für das Verhalten der Polizei. Das kann schon deshalb nicht stimmen, weil rund 260.000 Polizeibeamtinnen und -beamte in bestimmt nicht weniger als 25 Millionen Einsätzen pro Jahr ein hochprofessionelles und bürgerfreundliches Verhalten an den Tag legen, obwohl ihnen – und das ist die andere Seite der Medaille – zunehmend Respektlosigkeit, Aggression und Gewalt entgegenschlägt.

### Aussagestarke Zahlen

Die Polizeiliche Kriminalstatistik weist für das vergangene Jahr deutschlandweit 9.400 Körperverletzungsdelikte aus, die Polizistinnen und Polizisten im Dienst als Opfer betrafen, und es gab bei

Einsätzen 22.000 Widerstandshandlungen. Das mag auf Dauer Spuren in einem Berufsstand hinterlassen, der sich immer eines hohen Vertrauenswertes in der Bevölkerung rühmen konnte.

### Deutliche Worte

In einem Brief an den Chefredakteur der angesehenen Wochenzeitung „Die Zeit“ habe ich das so ausgedrückt: „In den letzten Jahren haben wir unter großen Widerständen auch aus der Politik das Thema der wachsenden Gewalt gegen Polizeibeamte publik gemacht. Das scheint insbesondere der linken Rhetorik nicht in den Kram zu passen, die sich seitdem bemüht, angebliches Fehlverhalten der Polizei in Einzelfällen gegen eine allgemeine Tendenz in unserer Gesellschaft aufzurechnen, die uns allen zu großer Sorge Anlass geben sollte. Immerhin sind Angriffe auf Polizeibeamte nur die Spitze des Eisberges: fragen Sie mal ganz normale Bürgerinnen und Bürger, wie sie die Bedrohungen, Einschüchterungen, Übergriffe und insgesamt das um sich greifende ‚Recht des Stärkeren‘ im Alltag empfinden.“

### Informatives Gespräch

Gleichwohl habe ich dem Vorsitzenden der Innenministerkonferenz, Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius, bei meinem Besuch Mitte Juli in Hannover aufgefordert, zu prüfen, wie die erlebte Gewalt das eigene Verhalten im Einsatz prägt. Und ob auch die gestiegene Belastung als Einflussfaktor selbst empfunden wird.

Oliver Malchow  
GdP-Bundesvorsitzender

## Zu: Internationales Polizei-Bundesseminar in Uelzen wieder ein voller Erfolg, DP 5/13

In der Mai-Ausgabe von DEUTSCHE POLIZEI erschien ein lobenswerter Artikel über das Internationale Polizei-Seminar in Uelzen, das von stark motivierten Polizeibeamten abgehalten und auch besucht wurde. Dieser Bericht zeigt auf, dass eine moderne Selbstverteidigung, wie es das Ju-Jutsu darstellt, aus der polizeilichen Ausbildung nicht mehr wegzudenken ist. Dies erkannte bereits 1973 der damalige Polizeipräsident in Berlin, Klaus Hübner, und nahm Ju-Jutsu in die Lehrpläne der Berliner Polizei auf.

Schaut man auf die heutige Ausbildung im Bereich des Einsatztrainings sieht man klar, dass die damals begonnenen Ziele auf Ju-Jutsu ausgerichtet sind. Schon werden die Ausbildungsinhalte auch auf den Justizbereich und, da sie immer mehr Angriffen ausgesetzt sind, auch auf den Sanitätsdienst ausgeweitet.

Die Deutschen Polizeimeisterschaften der vergangenen Jahre zeigten überzeugend, dass die Polizeibeamten diesen Sport verinnerlicht haben und so Gefahren von sich und anderen konsequent abwehren können, ohne als Hilfsmittel körperliche Gewalt oder gar die Schusswaffe einsetzen zu müssen.

Nun scheint es aber im Deutschen Polizeisportkuratorium (DPSK) Leute zu geben, die lieber Volleyball, Handball, Basketball und Schwimmen als das Pro der Polizeilichen Ausbildung ansehen und Ju-Jutsu aus der Liste der Ausbildung und der Meisterschaften herausdrängen wollen. Sollen also unsere Beamtinnen und Beamte mit Bällen werfen, um Straftäter dingfest zu machen oder vielleicht auch mit Schwimmflossen und Schnorchel dem Täter hinterher rennen?

Die Sportbeauftragten der Länder sollten hier noch einmal überlegen, wo der Fokus der sportlichen Ausbildung der Polizei liegen sollte. Als ich 1972 in den Polizeidienst eintrat, wurde ich im zweiten Jahr vor die Entscheidung gestellt: Selbstverteidigung oder Volleyball. Fast selbstverständlich fiel meine Entscheidung auf Selbstverteidigung, einen Sport, den ich heute noch betreibe und der mir in meiner beruflichen Laufbahn – vor allem auf der Straße – sehr oft geholfen hat.



Bis zu meiner Versetzung in den Ruhestand war ich Dienstgruppenleiter einer Schwerpunktdienstgruppe auf dem Abschnitt 53 in Kreuzberg, dem Abschnitt, der durch den 1. Mai bestimmt jedem Polizeibeamten in Deutschland bekannt ist. Ich saß nicht nur am Schreibtisch, sondern nahm ständig die Einsatzleitung vor Ort wahr. Ich weiß also, von was ich rede!

**Detlev Krause, per E-Mail**

### Zu: „Jaulende“ Polizeifahrzeuge, DP 7/13

Die sächsische Polizei hatte vor einiger Zeit schon einmal Fahrzeuge mit dem sogenannten Yelp-Ton in Betrieb genommen. Dadurch hatte ich die Gelegenheit, diesen neuen Sirenenton im täglichen (Streifen-)Dienst ausgiebig zu testen. Die in dem Artikel so gelobten optischen Reize (insbesondere die neuen roten LED-Blitzlichter neben der Leuchtschrift) erfüllen bei circa 75 Prozent aller Fahrzeugführer ihren Zweck. Aber bei ungünstigen Lichtverhältnissen (Sonne von hinten) und bei chronischen Rückspiegel-Verweigerern hilft nur ein akustisches Signal.

Man könnte (und musste bisher) hierfür das normale Sondersignal verwenden. Das funktioniert im Prinzip auch. Es hat aber, aus meiner Sicht, Nachteile. Zum Beispiel kommt es immer wieder vor, dass der zu kontrollierende bei Erkennen von Blaulicht und Sirene rechts ran fährt und anhält. Wenn der Funkwagen dann aber dahinter steht, fährt er wieder los. Und das nicht, um sich der Kontrolle zu entziehen, sondern einfach, weil er gar nicht erkannt hat, worum es geht. Er will einfach nur Platz für das Polizeifahrzeug machen.

Ähnliche Probleme gibt es mit dem restlichen Verkehr. Wenn ich das Sondersignal verwende, um jemanden anzuhalten, dann löst das gerne mal ein kleines Chaos im sonstigen Verkehrsfluss aus: weil sich plötzlich alle Autos im Sichtbereich angesprochen fühlen und nicht wissen, was los ist. Das ist mit dem Yelp so noch nicht passiert. Den Ton kann zwar keiner wirklich zuordnen, aber alle, auch der Angesprochene, schauen auf – und in den Spiegel. Dann können die optischen Anzeigen den

Rest tun. Ohne, dass der Verkehr kurz total zum Erliegen kommt.

Man könnte den Yelp-Ton vielleicht weglassen, wenn es möglich wäre, das Sondersignal per Knopfdruck so zu steuern, dass es nicht immer die komplette Tonfolge abspielt. Man müsste es, wie beim Yelp möglich, nur kurz anspielen können. Das wäre eine einfache Möglichkeit, mit nur einem Signaltyp auszukommen.

Aus meiner praktischen Erfahrung heraus ist ein zusätzliches akustisches Signal sehr hilfreich bei Anhaltungen im fließenden Verkehr. So bedauerlicher und unverständlicher war es indes, dass die sächsische Polizei nach einigen Monaten das Yelp bei allen Funkwagen deaktivieren ließ. Das man jetzt darüber berät, es wieder einzuführen, ist schon fast komisch. Denn unsere neuen Funkwagen besitzen diesen Knopf gar nicht mehr und müssen dann sicher „kostengünstig“ nachgerüstet werden.

**Markus Ahner,  
Limbach-Oberfrohna**



Ich bin nun nach der Ausbildung seit mehr als 34 Jahren im Wechselschichtdienst mit dem Anhalten von Verkehrsteilnehmern beschäftigt. Bei dieser Materie hat es nur selten Verbesserungen gegeben, die den Anhaltvorgang sicherer gemacht haben. Im Juli 1987 wurde bei der damaligen Schutzpolizeiinspektion (SPI) Wissen im nördlichen Rheinland-Pfalz eine bahnbrechende Neuerung vorgestellt. Zug um Zug wurde die alte HELLA RTK-3 Anlage durch den Nachfolger RTK-4 ersetzt. Letztere schaffte die gefährlichen Überholmanöver zum Anhalten mittels Polizeikelle ab, da hier in Klartext die Aufforderungen STOP POLIZEI und BITTE FOLGEN nach vorne und hinten abgestrahlt werden konnten. An ein Yelp-Signal à-la Kojak dachte da noch niemand.

Dieses Anhaltesystem hat sich mit kleinen Änderungen bis heute gehalten. Zu dieser Zeit musste sich der Bürger auch an etwas Neues gewöhnen. Unterstrichen wurden die Signale meist durch Hupen oder Ablaufen lassen einer Tonfolge des TaTüTaTa.

Seit einigen Jahren sind die Sondersignalanlagen mit LED-Technik

ausgerüstet. Drehspiegelanlagen sind out. Verschiedene Klartext-Anzeigen wurden in die Systeme (ich spreche hier über die PINTSCH-BAMAG Systeme, die VW verbaut) programmiert. Jetzt kann der Verkehrsteilnehmer lesen, was passiert ist. Unfall, Stau, Schwertransport, Gefahr und vieles mehr ist möglich. Seit kurzem werden zusätzliche gelbe LED verbaut, da die Warnwirkung des gelben Lichts als wesentlich besser gesehen wird.

Was allerdings kaum einer weiß: Die letzte Generation dieser Systeme hatte dieses Yelp-Signal bereits ab Hersteller integriert. Einschalten des Signales STOP nach vorne und betätigen der Fahrzeughupe führte zum Jaulen der Anlage. Dazu sollte noch ein roter Blitzer nach vorne eingeführt werden. In RP ist dies auf Anordnung des Innenministeriums sofort heraus programmiert worden. Viel zu amerikanisch, ähnlich der Ablehnung der Einführung von Base-Caps zur neuen Uniform. Wundert mich deshalb schon, dass die IMK darüber Beschlüsse gefasst hat. Wer mal nach Yelp-Signal oder ähnlichem googelt, der kann sich heute schon bei YouTube & Co. die Unterschiede anhören. Bei der Polizei wird für alles und nichts eine Versuchsanordnung aufgebaut. Warten wir's ab, ob es auch einen YELP-Ver such geben wird.

**Karlheinz Unkel, PI Betzdorf**

*Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.*

#### Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand  
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI  
Stromstraße 4  
10555 Berlin  
Tel.: 030/39 99 21-113  
Fax: 030/39 99 21-200  
E-Mail:  
gdp-pressestelle@gdp.de**



## ARBEITSPLATZ BEREITSCHAFTSPOLIZEI



### Immer in der ersten Reihe

*Die BePo als starke Reserve  
mit schwacher Unterstützung*

*Eskalierende Demonstrationen sind oft an der Tagesordnung:*

*Foto: MiZi*

Von Martin Degenhardt und Kevin Komolka

***Belastende Arbeitszeiten, schlechte Bezahlung und fehlende Aufstiegsmöglichkeiten charakterisieren den Arbeitsplatz Bereitschaftspolizei seit Jahren. Fehlende Schichtzulagen, dutzende Arbeitswochenenden und lange Abwesenheiten vom Wohnort stehen im krassen Missverhältnis zur Bedeutsamkeit der Arbeit zehntausender Bereitschaftspolizistinnen und -polizisten und deren Wert für die Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit.***

### Der Wandel

Seit vielen Jahren durchläuft die Bereitschaftspolizei einen erkennbaren Wandel, der ihr Aufgabenfeld stark veränderte und künftig ein Umdenken der polizeilichen Führung und Politik

erfordert. Der Begriff selbst wurde für eine deutsche Polizeitruppe erstmalig am 30. April 1926 offiziell verwandt, als die „kasernierte Schutzpolizei“ im Freien Volksstaat Württemberg im Zuge einer Polizeireform die neue Bezeichnung Bereitschaftspolizei erhielt. In der Zeit des Nationalsozialis-

mus wurden die bis dato bekannten Polizeistrukturen zerstört, wobei sich die Verantwortung für die innere Sicherheit nach Ende des Zweiten Weltkrieges auf die Besatzungsmächte aufteilte.

Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland und die wiedergewonnene Verantwortung für die innere Sicherheit machten schließlich den Aufbau der Polizei in den Bundesländern möglich, was den Anfang der heute bekannten Bereitschaftspolizei markierte. Der Streifendienst war geregelt, doch geschlossene Einheiten für polizeiliche Großlagen gab es nur vereinzelt. Deshalb kam am 27. Oktober 1950 zwischen Bund und Ländern ein Verwaltungsabkommen über die



Einrichtung der Bereitschaftspolizei zustande. Das war die Geburtsstunde der heutigen Bereitschaftspolizei, jedoch mit völlig differenzierten Aufgaben.

Damalige Hauptaufgabe dieser Bereitschaftspolizeieinheiten war es im Zuge der Zuspitzung des „Kalten Krieges“ und „Koreakrieges“, die jeweiligen Besatzungsmächte bei der Gewährleistung der inneren Sicherheit zu unterstützen, was sich in den Jahren durch Veränderungen der politischen Situation und differenzierten Protestkulturen ganz erheblich änderte, aber auch die Einsatzbelastung der Bereitschaftspolizeien erhöhte. Durch die sich verändernde politische Situation ab Ende der 60er Jahre verschoben sich gleichfalls die Aufgabenschwerpunkte der Bereitschaftspolizei. Die Hundertschaften wurden durch Einsätze aus besonderem Anlass immer

häufiger gefordert, in späteren Jahren insbesondere durch die vielfältigen Demonstrationen gegen Atomkraft in ganz Deutschland. Als Folge kam es zu einer Umstrukturierung der Bereitschaftspolizeien. Der Ausbildungsschwerpunkt verlegte sich, bedingt durch die Unruhen von 1967/68, auf den Einsatz bei nicht friedlich verlaufenden Aufzügen. Zugleich wurden die Bereitschaftspolizeien ständig ausgebaut. Im Jahr 1972 existierten bundesweit sechs Gruppenstäbe mit 27 Abteilungen und 113 Hundertschaften mit etwa 17.500 Beamten.

Seitdem wurden die bestehenden Bereitschaftspolizeistrukturen im föderalen System häufig reformiert und umorganisiert. Der jetzt weitgehend verbreitete Aufbau der Bereitschaftspolizeien der Länder stellt die Organisation in Zentralen Polizeidirektionen oder Zentralkommandos

dar. Heute steht neben klassischer bereitchaftspolizeilicher Aufgaben immer häufiger der Servicegedanke gegenüber den Flächenpolizeibehörden im Vordergrund der Arbeit moderner Bereitschaftspolizeieinheiten. Sie übernehmen dabei regelmäßig die Einsatzberatung, Kräftebereitstellung, Taktik und Organisation spezieller Führungs- und Einsatzmittel.

Dieser Service wird künftig im Rahmen der Einsatzbewältigung immer mehr an Bedeutung gewinnen und zur weiterentwickelten Hauptaufgabe der Bereitschaftspolizeieinheiten werden. Angestrebt wird durch verantwortliche Innenministerien häufig ein Ressourcen schonendes Agieren im Rahmen der inneren Sicherheit, wodurch Flächenbehörden entlastet werden sollen. Erheblich ins Hintertreffen geraten dabei die Bereitschaftspolizeieinheiten, schließlich führt solche Umorganisation und Neuzuweisung von Aufgaben zu einer steigenden Einsatzbelastung des Personals innerhalb der Bereitschaftspolizeien. Heute sind keinerlei Bestrebungen innerhalb der Länder erkennbar, Belastungen zu reduzieren und perspektivisch Lösungen zur geschilderten Problematik anzubieten. Dabei sind die eingesetzten Beamten schon jetzt teilweise extremen Arbeitszeiten und dauerhaften Wochenendbelastungen ausgesetzt. Weniger Personal für deutlich gestiegene Aufgaben – eine Rechnung, deren Lösung nicht möglich erscheint.

### Das schlechte Image

Fußballspiele, Nazi-Demos, Messen, Staatsbesuche, Hochwasserkatastrophen und andere polizeiliche Großlagen werden in größter Regelmäßigkeit durch die Beamten der Bereitschaftspolizeien begleitet. Dadurch stehen Sie im Mittelpunkt der medialen Berichterstattung und häufig in Kontakt mit beteiligten Bürgern. In diesem Sinne sind Polizeibeamte, die in Bereitschaftseinheiten eingesetzt sind, Garanten für die sichere Durchführung der Veranstaltungen oder Demonstrationen und werden dennoch von einigen Personengruppen

*Flexibilität ist bei Großlagen gefordert.*

*Foto: Fabian Bimmer/dpa*



pen als Provokateure, Schläger und Rassisten bezeichnet. Ein schlechtes Image – Warum?

Das Grundgesetz der Bundesrepublik ermöglicht es, Versammlungen durchzuführen und damit Meinungen frei zu äußern und auf gesellschaftliche Probleme aufmerksam zu machen. Eben hier entwickelte sich in der vergangenen Zeit ein großes Feld der Auseinandersetzung zwischen Polizei und demonstrierenden Bürgern, die regelmäßig die Arbeit der Bereitschaftspolizei tangiert. Damit einhergehend

Recht enge Grenzen in Bezug auf die Auflösung oder Beschränkung von Versammlungen gesteckt. Dabei stand neben der Rechtmäßigkeit der polizeilichen Maßnahmen auch die Legitimität der Polizei in Frage, weshalb die höchsten deutschen Gerichte deutliche Worte für oder gegen polizeiliche Beschränkungen fanden. Eben dadurch wurde klargestellt, dass es nicht Aufgabe der Polizei ist, eine Wertung nach dem Etikett „Positiv“ oder „Negativ“ zu entwickeln, sondern die Wahrung des Grundrechts zum

auch inhaltlich sinnlose und abstruse Versammlungen rechter Gruppierungen schützen zu müssen, zum Abbau von Spannungen bei. Forderungen, sich vom Dienst zu entfernen, können Polizeibeamte mit Verweis auf die eigene finanzielle Absicherung und drohende Disziplinarverfahren nicht Folge leisten!

Zwischenzeitlich werden Demonstrationsbeobachtungen durch verschiedene Gruppen, aber auch von Parteien wie Bündnis 90/Grüne, immer wieder in den Mittelpunkt der Medien

gerückt. Sebastian Striegel, Landtagsabgeordneter in Sachsen-Anhalt, rief medial äußerst präsent dazu auf, die Arbeit der Polizei anlässlich verschiedener Einsätze kritisch zu beobachten und erntete damit heftige Kritik aus den Reihen der Polizei, aber auch aus Regierungskreisen. Ihm wurde vorgeworfen, die Polizei unter Generalverdacht zu stellen und deren Arbeit schon im Voraus als nicht legitim und fehlgehend zu betrachten. Gerade dieser mögliche Generalverdacht und damit verbundene Erwartungshaltungen lassen die Beamten der Bereitschaftspolizei in ein Spannungsfeld geraten. Wer deckt ihnen den Rücken, wer schützt sie, falls ihnen schuldlos rechtswidriges Verhalten vorgeworfen wird?

Gerade der sich ganz erheblich unterscheidende Blickwinkel auf bestimmte Situationen sorgt für beachtliche Konflikte, unter Umständen beeinflusst durch das in einigen Teilen der Bevölkerung herrschende, schlechte Image der Bereitschaftspolizei. Ein Beispiel: „Der Einsatz und die anschließende Personalienfeststellung wurde damit begründet, dass man davon ausgehen müsste, dass es zu Straftaten kommen könnte. Nachdem dann die Personalien von allen AntifaschistInnen aufgenommen wurden, wurden diese noch weiter durch die Stadt von der Polizei verfolgt.“ (Quelle: indymedia). Das ist exemplarisch für



**Einsatz: Randalen im Stadion.**

**Foto: MZ**

wurde in jahrzehntelanger rechtlicher Auseinandersetzung zum Thema Demonstration eine umfangreiche Rechtsprechung entwickelt, die das polizeiliche Handeln massiv beeinflussten. In früheren Zeiten möglicherweise akzeptierte beziehungsweise hingewommene Handlungen wie Verbote oder Einmischung wurden aufgrund der verändernden Protestkulturen, weg von Veränderungsbewegungen hin zu Erhaltungsbestrebungen, nicht mehr anerkannt.

Urteile, wie die Brokdorf-Entscheidung, verboten ganz erhebliche Beeinflussungen der Polizei auf die Versammlungen. Damit wurden mit

Versammlungsrecht durchzusetzen. Diesen Festlegungen folgend muss heute auch die Demonstration einer rechten Gruppierung durch Beamte der Bereitschaftspolizei abgesichert werden, was mit Sicherheit auch gegen den Willen der Beamten erfolgt. Dennoch wird der Fakt, dass die Polizei auch die Durchführung rechter Demonstrationen schützen muss, immer wieder öffentlich oder vor Ort aufgegriffen und als fehlerhaft dargestellt, was zu Spannungen zwischen Bürgern und Polizeibeamten führt.

Möglicherweise trägt das zu etablierende Verständnis für die dienstrechtliche Pflicht der eingesetzten Beamten,



die unterschiedliche Betrachtung der identischen Situation durch verschiedene Beteiligte.

Sicherlich ist den eingesetzten Polizeibeamtinnen und -beamten nicht zu unterstellen, dass sie die ihnen zur Verfügung stehende Zeit mit aus ihrer Sicht nutzlosen Inhalten füllen wollen. Die Absichten der Polizei scheinen darüber hinaus inhaltlich kommuniziert, da das Zitat davon berichtet, dass die Polizei vermutete, es würde zu Straftaten kommen. Scheinbar teilte die Polizei vor Ort die Gründe ihres Handelns mit. Bei der Bewertung solcher Aussagen in Bezug auf mögliche Fehlerquellen des polizeilichen Handelns im Kontext der eigenen Legitimität ist jedoch auch die grundsätzliche Einstellung der Interaktionspartner bedeutsam. Unterstellt der Urheber der Polizei grundsätzlich schlechte, eben nicht hehre Absichten, schlägt jeder Versuch der Verständigung fehl. Eben hier ist es ausschließliche Aufgabe der Dienstherren und Innenministerien, praktikable Informationspolitik zu betreiben, die Ziele und Aufgaben der einzelnen Polizeimaßnahmen öffentlich und damit akzeptierbar macht. Davon hängt die Legitimität der Polizei und die Arbeit von Beamtinnen und Beamten in Bereitschaftspolizeien, aber auch anderer Einheiten, ganz erheblich ab.

### Die schlechte Technik

2007 gingen Bilder aus Rostock um die Welt und zeigten das zerstörerische Verhalten gewaltbereiter Gruppen, zentriert auf einen kleinen territorialen Bereich. Inmitten fliegender Steine, Flaschen und anderer Wurfgeschosse wurden unzählige Beamte der Bereitschaftspolizei verletzt. Obwohl deutlich moderner als in den vergangenen Jahrzehnten ist die eingesetzte Technik der Bereitschaftspolizeieinheiten auch heute weiter verbesserungsfähig. Dabei hat die Erhöhung der Sicherheit der Beamten an erster Stelle zu stehen und in Beachtung der typischen Arbeitsbelastung zu erfolgen.

Eine gute Körperschutzausstattung ist dabei besonders wichtig und weiter anzustreben. Heute wiegen mitgeführte Ausrüstungsgegenstände vielfach bis zu 20 Kilogramm, was bei einem mehrstündigen Tragen durchaus körperlich anstrengend ist. Langzeitfolgen sind denkbar. Einzufordern ist eine ständige Weiterentwicklung der Materialien solcher Ausrüstungs-



**Abtransport eines durch Steinwurf verletzten Kollegen.** Foto: MZ

gegenstände, auch in enger Zusammenarbeit mit möglichen Herstellern.

Heute sind keine übergreifenden Arbeitsgruppen regelmäßig eingerichtet, die in definierten, zeitlichen Abständen Ausrüstungsgegenstände untersuchen. Marktforschung muss in einem derartig wichtigen Bereich des persönlichen Schutzes von Polizeibeamten zyklisch erfolgen. Dies gilt auch für Einsatzmittel wie Pfefferspray und andere Ausrüstungsgegenstände. Technik wie diese bleibt seit Jahren bestehen, ohne dass Untersuchungen, von den Anwendern in Auftrag gegeben, bekannt sind, die die Wirksamkeit, aber auch Risiken solcher Mittel oder Neuerungen überprüfen. Einzig vermeintliche Logik, wie sie in vielerlei die Polizei betreffenden Bereichen erkennbar ist, bildet die Grundlage notwendiger technischer Neuerung innerhalb der Bereitschaftspolizeien. Gefährlich, da Anschaffungen teuer und bei Fehlinvestitionen langfristig nicht tauschbar sind. Damit ist klar, dass die Ausrüstung der Bereitschaftspolizeien häufig ohne professionalisierte Evaluation auf einem möglicherweise veralteten Stand verbleibt, was vehement abzulehnen ist.

### Die schlechte Bezahlung

Im Gegensatz zu Kolleginnen und Kollegen im Einsatz-, Wechsel- und

Streifendienst erhalten Beamte der Bereitschaftspolizei nur selten Schicht- oder Erschwerniszulagen. Geregelt in Landes- und Bundesgesetzen werden restriktive Normen zur Gewährung dieser Zulagen festgeschrieben und Rhythmusregelungen herangezogen, um die Bewilligung und Anwendbarkeit der nicht unerheblichen Zulagen bestimmbar zu machen. Unbestreitbar ist der Arbeitsalltag von Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizeien regelmäßig extrem anstrengend, was auch durch die erwartete, hohe Flexibilität zusätzlich gesteigert wird. Obwohl der unregelmäßige und regelmäßig wechselnde Arbeitsrhythmus im Vergleich zu Einsatz-, Wechsel- und Streifendiensten möglicherweise belastender ist, fallen Schicht- und Erschwerniszulagen in extremer Häufigkeit für Kollegen der Bereitschaftspolizei weg. Damit wird der erwarteten, hohen Flexibilität der Beamten keine Wertschätzung entgegengebracht und Betroffene real benachteiligt.

### Das Fazit

Einheiten der Bereitschaftspolizei stehen im Mittelpunkt der polizeilichen Auseinandersetzungen und verdienen Anerkennung, aber auch Verständnis für ihre belastende Arbeit. In Zukunft muss durch Innenministerien und Dienstherren dafür Sorge getragen werden, dass Einsatzbelastungen und Aufgabenfelder nicht weiter ohne personelle Veränderungen wachsen und modernes Einsatzmanagement die Belastungen für eingesetzte Mitarbeiter so gering wie möglich hält. Hierbei ist festen Regeln wie einer planbaren Freizeit sowie geringen Mehrarbeitszahlen zu folgen, was nur mit Hilfe einer professionalisierten Führung realisiert werden kann. Einzufordern ist dabei die finanzielle Entschädigung für den erheblich belastenden Dienst innerhalb der Bereitschaftspolizeieinheiten unter Anwendung neuer und angemessener rechtlicher Bestimmungen. Schließlich bilden die Bereitschaftspolizeieinheiten dank ihrer hohen Einsatzbereitschaft und vielfältigen Einsatzmöglichkeiten das Rückgrat der inneren Sicherheit. Daher ist ihnen besondere Aufmerksamkeit zu widmen und dafür Sorge zu tragen, dass die Belastungen der einzelnen Beamten auf ein akzeptables Minimum beschränkt bleiben.



# Augenmerk auf hohe Einsatzbelastung

**Die diesjährige Sitzung des Bundesfachausschusses (BFA) Bereitschaftspolizei ist durch die Diskussion über die zunehmende Arbeitsbelastung auf Grund ständig steigender Einsatzzahlen geprägt gewesen. Auch wenn der Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder eine Abnahme der Unterstützungseinsätze statistisch belegt, sei das nur die eine Seite der Darstellung, war der Tenor der Zusammenkunft Anfang Juli in der GdP-Bundesgeschäftsstelle in Berlin.**

beim Bund, Staatssekretär Jürgen Lenartz, und dem Kollegen Roland Hoffmann, Leiter der saarländischen Bereitschaftspolizei, war ein Empfang der BFA-Mitglieder in der Landesvertretung des Saarlandes in Berlin vereinbart worden. Diese Einladung zeige deutlich den Stellenwert, den die Bereitschaftspolizei



Verabschiedung engagierter BFA-Kollegen: (v. r.) Roland Hoffmann (Saarland), Dr. Thomas Jacobs (stellv. Leiter der Saarländischen Landesvertretung), Harry Kuck (Bremen), Jörg Radek (stellv. GdP-Bundesvorsitzender), Arnold Plickert, Uwe Koßel (Hamburg), Bernhard Schmidt (Vorsitzender BFA BP).  
Foto: Detlef Otto

**G**leichzeitig seien die Unterstützungseinsätze durch die Bereitschaftspolizistinnen und -polizisten intensiver, sodass auch die Einsatzstunden deutlich anstiegen. Es zähle eben nicht nur die Quantität, sondern auch und gerade die Qualität der Einsätze, erklärten die Teilnehmer. Letzteres wurde insbesondere bei dem Einsatz bei der Blockupy-Demonstration in Frankfurt am Main und den bereit-schaftspolizeilichen Maßnahmen anlässlich des Hochwassergeschehens deutlich.

Der BFA kündigte an, sich weiterhin intensiv mit der Einsatzbelastung der Kolleginnen und Kollegen der Bereit-

schaftspolizei zu befassen und dabei sein besonderes Augenmerk auf die Wochenendeinsätze zu richten. Weiterer Schwerpunkt bleibe die Ausstattung, konkret die Körperschutzausstattung (KSA). Diese sei zwischenzeitlich durch die Maximierung der Schutzwirkung dermaßen umfangreich, dass Kolleginnen und Kollegen zunehmend über gesundheitliche Gefahren durch die Trageweise der KSA berichteten.

## Würdige Verabschiedung

Bei einem Gespräch zwischen dem Chef der saarländischen Staatskanzlei und Bevollmächtigten des Landes

zeien und ihre GdP-Vertreter auch auf Regierungsebene genießen, so der BFA.

So konnten denn auch Uwe Koßel (Hamburg), Harry Kuck (Bremen), Arnold Plickert (Nordrhein-Westfalen) und Roland Hoffmann (Saarland) im würdigen Ambiente einer Landesvertretung als langjährige Mitglieder des BFA aus diesem GdP-Gremium verabschiedet werden. Ihnen sei für ihren unermüdlichen Einsatz für die Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei gedankt. Ihre erbrachten Leistungen würden auch zukünftig das Wohl der Bereitschaftspolizeien des Bundes und der Länder nicht unerheblich beeinflussen.

**Bernhard Schmidt**



# Ehrbezogene Verbrechen: Diskussion über ein polarisierendes Thema

Von Gunhild v. d. Groeben

**Schon der Start war Extraklasse: Oliver Malchow, im Programm noch angekündigt als für Kriminalpolizei zuständiges Mitglied des GdP-Bundesvorstandes, eröffnete die Fachtagung „Ehrensache(n) – Zwangsheirat und Ehrenmord“ als gerade neu gewählter GdP-Bundesvorsitzender. Die knapp hundert Teilnehmer verfolgten darum sein Eingangsstatement mit besonderer Aufmerksamkeit, wachsender Sympathie und spürbarer Anerkennung für seine fundierten, auch politisch deutlichen Aussagen. Die meisten Anwesenden waren selbst Fachleute: ehrenamtliche Mitarbeiter der Zeitschrift „Die Kriminalpolizei“, im Hauptberuf meist hochrangige Verantwortungs- und Funktionsträger in Polizei, Justiz und Sicherheitsbehörden aus allen Teilen der Republik.**

## Feste patriarchale Familienstrukturen

Für die junge Frau ist, wie für alle Expertinnen und Experten auf dem Podium, klar: „Ehrbezogene Gewalt“, so die Definition des Islamwissenschaftlers Marwan Abou-Taam, „richtet sich gegen Frauen, Mädchen, Jugendliche und Kinder und wird mit dem Erhalt beziehungsweise der Wiederherstellung von Ehre begründet. Ausgeübt wird diese Gewalt haupt-

Mit dem sperrigen Thema „Ehrensache(n) – Zwangsheirat und Ehrenmord“ hatte sich die GdP eine Menge vorgenommen. Das Thema polarisiert. Nicht zuletzt ging es also darum, Definitionen zu finden, auf die alle beteiligten Experten sich verständigen konnten, die unterschiedlichen Aspekte des komplexen Themas aufzugreifen, zu diskutieren und sie miteinander zu verknüpfen.

Ulrike Eichin war für diese Art von Zusammenführung genau die richtige Moderatorin. Die ZDF-Redakteurin aus Mainz hat mit gut recherchierten, ausgewogenen und den beteiligten Menschen gegenüber respektvollen Berichten über spektakuläre Kriminalfälle auf sich aufmerksam gemacht. Diese Qualitäten brachte sie aufs Podium mit, auch im Tagungsthema bewegte sie sich souverän. Sie bot allen Diskussteilnehmerinnen und -teilnehmern mit zielführenden Fragen immer neue Möglichkeiten, ihre Position zu verdeutlichen.

Das lohnte sich immer, denn alle Referentinnen und Referenten hatten etwas zu sagen: Anonyma, eine junge Frau, die selbst zur Ehe gezwungen wurde, Dr. Marwan Abou-Taam, Islamwissenschaftler aus Mainz, Dr. Heiko Artkämper, Oberstaatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Dortmund, Oliver Malchow, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und Monika Michell, Terre des Femmes.

## Gelähmt und zerrissen

Für die Opfer sprach eine junge

Frau, die aus verständlichen Gründen anonym bleiben wollte. Sie war selbst gezwungen worden, eine ungewollte Ehe zu schließen. Mit großer Offenheit berichtete sie über diese Erfahrung, über ihr Leid und ihre Trauer. Man spürte bei ihrem sehr emotionalen Bericht, wie der Konflikt zwischen der Zuneigung und der Loyalität zu ihrer Familie und ihren eigenen Wünschen sie gelähmt und zerrissen hat. Sie selbst konnte sich aus ihrer verzweifelten Situation befreien, steht heute beruflich auf eigenen Füßen, hat Karriere gemacht. Sie hat auch Möglichkeiten gefunden, auf verschiedenen Wegen an andere weiterzugeben, was sie aus ihrer belastenden Erfahrung gelernt hat. Die Beziehung zu ihrer Familie ist heute, viele Jahre später, geheilt; das ist für sie kostbar. Sie sprach aber auch von Betroffenen, deren Geschichte ganz anders endete. Dies alles erzählte sie authentisch und ohne Pathos. Eine Geschichte, die die Zuhörer gefangen nahm und die die Tonart der Diskussion mit bestimmte.



**Justiz-Perspektive: Oberstaatsanwalt Dr. Heiko Artkämper erläuterte, auch in der Türkei stünden Tötungsdelikte im Namen der Ehre unter Strafe.**  
Foto: GdP/Hagen Immel

sächlich von männlichen Verwandten der Opfer und sie nimmt verschiedene Formen an: physische, sexualisierte, psychische, sozio-ökonomische und emotionale.“ Ehrbezogene Gewalt hat einen patriarchalen Hintergrund.

Verbrechen im Namen der Ehre, darauf wies Oliver Malchow hin, vollziehen sich in familiären Zusammenhängen mit migrantivem Hintergrund; ausschließlich Tötungen in diesem Umfeld werden als Ehrenmorde erfasst. Er nennt feste patriarchale Familienstrukturen und Sprachbarrieren als Beispiele für die großen Herausforderungen, denen sich die Polizei bei ihrer Arbeit gegenübersteht. Auch die Tatsache, dass junge Frauen im

**Intensive Erfahrungen: (v.l.n.r.)**

**Dr. Marwan Abou-Taam, Islamwissenschaftler aus Mainz; Moderatorin Ulrike Eichin; Monika Michell, Terre des Femmes; GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow und Dr. Heiko Artkämper, Oberstaatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Dortmund, verfolgen die Erlebnisse des anonym bleibenden Opfers einer Zwangsverheiratung.**

**Foto: GdP/Hagen Immel**



Zeugenschutzprogramm nur schwer auf jeden Kontakt zu Bezugspersonen aus ihrem bisherigen Leben verzichten können, könne große Probleme verursachen. Der GdP-Vorsitzende begrüßte, dass nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs aus dem Jahr 1994 der Ehrenmord rechtlich grundsätzlich als ein Fall des Mordes aus niedrigen Beweggründen im Sinne des Paragraphen 211 Strafgesetzbuch (StGB) bewertet wird. Für die GdP sei es zwingend, dass es für die Bewertung eines bestimmten sozialen Zusammenhangs einzig auf die Vorstellungen der Rechtsgemeinschaft der Bundesrepublik Deutschland ankommen müsse. Zudem müsse die hiesige säkulare Gesellschaft unbedingt jeder Form

internationales Strafrecht im Auftrag des Bundeskriminalamtes habe für die Jahre 1996 bis 2005 jährlich etwa zwölf juristisch erfasste Ehrenmorde aufgelistet.

### Wege zum Ausstieg

Monika Michell, Vertreterin der Organisation Terre des Femmes, beschrieb ein breites Tableau von praktischen Hilfen, die Betroffene bei ihrer Organisation bekommen könnten. Terre des Femmes sei Ansprechpartnerin, berate, vermittele Kontakte zu Einrichtungen, die in bestimmten Situationen helfen können und zu Behörden.

In Fällen von Bedrohung könne man gemeinsam Wege zum möglichen Ausstieg planen, bis hin zur Flucht aus dem Umfeld. Die Interessen der Opfer stünden im Fokus der Organisation und hätten absolute Priorität. Sie plädierte für die enge Zusammenarbeit aller bei diesem Thema fachlich berührten Behörden und Berufsgruppen. Auf kommunaler Ebene seien Runde Tische gegen Gewalt ein erprobtes Forum.

### Männliche Gewalt

In den zusammenfassenden Thesen des Islamwissenschaftlers Marwan Abou-Taam wurden relevante Fakten und Erkenntnisse zum Thema „Verbrechen im Namen der Ehre“ kompakt zur Diskussion gestellt. Ehrbezogene Gewalt sei eine männliche Gewalt, hob Abou-Taam hervor. Sie korreliere mit verschiedenen derzeit bestehenden Männlichkeitsbildern. Ehrbezogene Gewalt spiele künftig eine noch größere Rolle, weil „das Patriarchat wankt“.

Die abschließende Diskussion machte vor allem eins klar – die Lösung gibt es nicht. Und alle waren sich einig:

- Es ist wichtig, dass eine Polizeigewerkschaft auch solch schwierige Themen aufgreift und benennt.
- Es ist wichtig, auf Netzwerke zu setzen, in denen alle Beteiligten zusammenarbeiten.
- Der Diskussionsprozess untereinander muss schon frühzeitig beginnen; dabei spielen Schulen eine wichtige Rolle.
- Die Privatsphäre ist immer zu respektieren.
- Polizei und Staatsanwaltschaft sind erst bei Straftaten gefragt.
- Zwangsheirat und Gewalt gegen Frauen sind gesellschaftspolitische Themen, die von der Zivilgesellschaft wahrgenommen und deren Bewältigung von der Zivilgesellschaft eingefordert werden muss.
- Der übergreifende interkulturelle Dialog muss weitergeführt werden.



**Auch in den Pausen endeten die Diskussion über das spannende Thema der Fachtagung nicht. In der Bildmitte Jörg Bruchmüller, Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstands.**

**Foto: GdP/Hagen Immel**

von Privatjustiz, sei sie auch religiös oder traditionell begründet, entgegengetreten.

Auch in der Türkei stünden Tötungsdelikte im Namen der Ehre unter Strafe, ergänzte Heiko Artkämper. Er betonte jedoch, dass nicht alle polizeilich ermittelten Verdachtsfälle auf Ehrenmord auch vor Gericht kommen. Eine Untersuchung des Max-Planck-Instituts für ausländisches und



# Psychologische Grundlagen polizeilicher Eigensicherung

*Ob das Überleben von Gefahren Zufall ist oder nicht, kann nicht durch Diskussionen am grünen Tisch entschieden werden. Auch die gängigen psychologischen Theorien geben keine Antwort dazu, da das Thema Gefahrenwahrnehmung und -bewältigung bisher erstaunlicherweise kaum wissenschaftlich untersucht wurde. Die Betrachtung von Gefahren beispielsweise in der Industrie kann nicht auf zwischenmenschliche Situationen übertragen werden, da diese dort meist statisch sind. In zwischenmenschlichen Begegnungen kann sich aber die Gefahr (nur) scheinbar aus dem Nichts entwickeln. Die Nichtberücksichtigung dieser Tatsache gefährdet gerade Polizisten.*

Man muss also konkrete Situationen untersuchen und analysieren, a) um zu belegen, dass Überleben kein Zufall ist und b), um zu erkennen, was man konkret tun kann, um Gefahren zu erkennen, zu vermeiden und zu bewältigen (Survivability).

Dazu ein Fall aus der Praxis: Ein junger amerikanischer Polizist hielt ein Auto wegen eines geringfügigen Vergehens an und näherte sich ihm sachgemäß. In dem Auto befanden sich vier Personen, die alle nicht besonders freundlich aussahen. Der Fahrer erzählte, dass er keinen Ausweis bei sich hätte, und die Körpersprache signalisierte dem Polizisten, dass etwas mit ihm nicht stimmte. Später stellte sich heraus, dass a) der Fahrer eine geladene Pistole vor seinem Sitz befestigt hatte und b) der Fahrer nur auf Bewährung frei war und zwei weitere Personen im Auto wegen schwerer Verbrechen gesucht wurden. Wie ging dieses Ereignis aus? Man könnte annehmen, dass der Polizist gegen die Übermacht Gewaltbereiter nichts ausrichten konnte. Doch die Situation endete gewaltfrei.

Obwohl es sich nur um einen geringfügigen Verkehrsverstoß handelte, „schluckte der Polizist seinen Stolz hinunter“ und rief einen Streifenwagen zur Verstärkung. Als der Fahrer gefragt wurde, ob er daran gedacht hatte, seine Waffe zu benutzen, antwortete er offen: Ja, aber wegen der Art und Weise, wie sich der Polizist dem Auto näherte und den Kontakt aufnahm, hatte der Verdächtige nicht den Eindruck, dass er erfolgreich einen Schuss abgeben könnte, ohne

selbst erschossen zu werden.

Dieses Beispiel zeigt das Grundprinzip der Survivability auf, der Fähigkeit, gefährliche Situationen rechtzeitig zu erkennen und zu bewältigen:

## Überleben ist kein Zufall

- Entscheidend ist das aktive Handeln, hier die sachgemäße Annäherung an das Auto.
- Durch sein Handeln zeigt der Betreffende an: Ich habe Kontrolle über die Situation.
- Ein Konflikt kann häufig schon durch selbstsicheres (nicht überhebliches!) Auftreten des Polizisten auf der Grundlage von sachgerechtem Verhalten vermieden werden (Deeskalation).
- Dieses sachorientierte Verhalten lenkt und beeinflusst die Interaktion, denn es zeigt einer gewaltbereiten Person:
  - a) dieser Polizist versteht sein Handwerk.
  - b) er hat die Situation unter Kontrolle.
- Die gewaltbereite Person erkennt daraus: Es ist besser für mich, wenn ich friedlich bleibe.

Dass dieser Vorfall kein Einzelfall war, zeigt eine amerikanische Untersuchung. Man fand drei Fälle, wo die Täter, die in die Stadt gingen, um einen beliebigen Polizisten zu töten, aber nicht den jeweils ersten Polizisten töteten, dem sie begegneten, sondern den zweiten. Gewalttäter handeln nach dem Motto: Wer schwach wirkt, wird angegriffen. Und



COP® Specials Juli / August 2013 \*Gültig vom 20.06. - 31.08.13

**1 Einsatzstiefel Adidas® GSG9.3**  
 Art.-Nr. 85U41774-Größe  
 Farbe: beige (sand storm)  
 Größen: (EU 36 - 50), UK 3,5 - 14  
 Verfügbar in 1/2 Größen  
 Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 540 g  
 Mittelhoher, leichter und zugleich athletischer Stiefel.

**Aktionspreis\*\* € 119,90**  
 statt 139,99\*

**2 Tierabwehrspray (OC) DTFL MK-8**  
 Art.-Nr. MK-8  
 Pfefferspray Made in USA  
 Reichweite: 3 - 4 m  
 Füllgewicht: 19 g  
 Kapazität (bei Sprühstößen von einer Sek.): 8 Stöße.  
 Größe: 11 cm Höhe, 2,54 cm Ø  
 Inhalt konform der Technischen Richtlinie (TR) Reizstoff-Sprühgeräte (RSG) mit Oleoresin Capsicum (OC), Stand: November 2008

**Aktionspreis\*\* € 9,90**  
 statt 19,99\*

Grundabgabepreis pro 100 g: 52,11 Euro

**3 Under Armour® Tactical HeatGear® Basecap**  
 Art.-Nr. UA1227549-Farbe  
 Farben: schwarz, beige und olivgrün  
 Größe: Einheitsgröße; Material: 100% Polyester  
 Kappe aus hochwertigem Material mit elastischem Mütenband für die Größenanpassung.

**Aktionspreis\*\* € 19,90**  
 statt 29,99\*

**heatgear® FÜR HEISSE TAGE**  
 Halt kühl und trocken

**4 Tactical T-Shirt Under Armour® HeatGear® Comp**  
 Art.-Nr. UA10050395-Größe (schwarz)  
 Art.-Nr. UA10050390-Größe (oliv)  
 Art.-Nr. UA10050398-Größe (beige)

Farben: schwarz, olivgrün, beige  
 Größen: S - 3XL  
 Material: 82% Polyester, 18% Elasthan

**Aktionspreis\*\* € 19,90**  
 statt 39,99\*

**heatgear® FÜR HEISSE TAGE**  
 Halt kühl und trocken

**5 Taschenleuchte Quilite X LED Akku/USB**  
 Art.-Nr. QL-XRW  
 Länge: 8 cm; Breite: 2,3 cm  
 Gewicht: 42 g. Wieder aufladbare Version der erfolgreichen Quilite Pro! Ladezeit: 2 Stunden, inkl. USB-Ladekabel. Eine rote und eine weiße Hochleistungs-LED-Diode. Um 360° drehbare Halteklammer und ein um 180° ausschwenkbarer Lichtarm.

**Aktionspreis\*\* € 39,90**  
 statt 59,99\*

**75 Lumen**

**6 Smith & Wesson LW 6086 Armanduhr**  
 Art.-Nr. CCSWWLW6086  
 Durchmesser: 51 mm; Gewicht: 90 g  
 Wasserabweisend bis 1 bar/atm.  
 Quartz Uhrenwerk mit Langzeit Lithium Batterie. Gehäuse aus Aluminium mit Gehäusedeckel aus Edelmetall. Datumsanzeige. Schwarzes Silikonband.

**Aktionspreis\*\* € 39,90**  
 statt 69,99\*

**7 Umhängetasche COP® MB7**  
 Art.-Nr. 2000075  
 Farbe: schwarz  
 Material: 100% Polyester  
 Links- oder Rechtshänder  
 Maße: 28 x 17 x 10 cm (H x B x T)  
 Taktische Umhängetasche von COP®. Für Rechts- und Linkshänder erhältlich.

**Aktionspreis\*\* € 29,90**  
 statt 49,99\*

Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an über 300 Rest- u. Sonderposten sowie II. Wahl Artikeln, Preise bis zu 80% reduziert. Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf [www.cop-shop.de](http://www.cop-shop.de)

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilbach · Germany  
 Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

[www.cop-shop.de](http://www.cop-shop.de)

\*\* Angebots- / Aktionspreis gültig vom 20. Juni bis 31. August 2013 | \* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers. \*\*\* ehemaliger Verkaufspreis.

Pinizzotto und Davis stellen in einem Fachartikel (s. S. 16) fest, dass Täter, die Polizisten angriffen und töteten, offensichtlich die nichtsprachlichen Zeichen der Verletzlichkeit von Polizisten genau „lesen“ können. Eine zu lässige Annäherung an ein Auto während einer Verkehrskontrolle kann dem Täter mitteilen, dass der Polizist möglicherweise geistig oder gefühlsmäßig abgelenkt ist. Auch das Fehlen von bestimmten Verhaltensweisen, die in dieser Situation angemessen wären, kann die Verletzbarkeit des Beamten verraten. Wenn der Polizist es versäumt, den Körperbewegungen des Verdächtigen oder Veränderungen der Körperposition zu folgen, zeigt dies seine mangelnde Bereitschaft zu handeln an.

Dagegen sagte einer der Täter auf die Frage, warum er nicht den ersten Polizisten angegriffen hatte, dass dieser Polizist nicht besonders groß war oder bedrohlich im Aussehen, aber „so ausschaute, als ob er sich (bei einer Auseinandersetzung) gut selbst behaupten könnte.“

### Die „drei inneren Feinde“ bei der Eigensicherung

Das „Geheimnis“ der Eigensicherung besteht also darin, genau zu beobachten, was der andere macht (vor allem mit den Händen), um rechtzeitig sachgerecht reagieren zu können. Warum werden aber solche einfachen Handlungshinweise oft nicht umgesetzt? Es gibt dazu mindestens „drei innere Feinde“, die einer sachgerechten Eigensicherung entgegenstehen:

#### 1. Überheblichkeit

Ein älterer deutscher Polizist sagte zu einem jungen Kollegen den Spruch „Junge, Du brauchst die Schutzweste nicht zu tragen, Brust anspannen und abprallen lassen!“. Man kann davon ausgehen, dass der Polizist, der das sagte, das nicht wirklich so meint, doch ist diese geäußerte Überheblichkeit und der damit verbundene Angriff auf das Sicherheitsbewusstsein des jungen Kollegen auch für den Beamten selbst gefährlich – und zwar aus zwei psychologischen Gründen:

- Der Satz spiegelt eine eher lasche Haltung im gesamten Dienst wider, also ein großes Gefährdungspotenzial. Denn Gewaltbereite können derartige Signale der unprofessionellen Haltung gut „lesen“, als leichte Verletzbarkeit

des Betroffenen deuten und als Aufforderung zu einem Angriff ansehen.

- Der Satz dient als Rechtfertigung dafür, etwas Wichtiges nicht zu tun. Er ist damit Ausdruck eines passiven Lebensstils, der – wie meine Untersuchungen zeigen – generell problemzeugend ist: unter anderem erzeugt er unkooperatives Verhalten, ist leistungsmindernd und gesundheitsgefährdend.

#### 2. Angst

Es ist wichtig, sich von einigen falschen Vorstellungen zu trennen. So kann man immer wieder hören, um sich vor Gefahren zu schützen, müsse man Angst haben. Dies ist ein Beleg dafür, wie oberflächlich manche Begriffe benutzt werden. Angst ist

Hilflosigkeit und destruktivem Verhalten führt: Bei einem Einsatz werden zwei deutsche Polizisten von mehreren Jugendlichen mit Baseballschlägern bedroht. Als sie beginnen, einen der beiden zu attackieren, flüchtet sein Teamkollege (will Unterstützung holen) in den Streifenwagen, verriegelt die Tür und ist nicht mehr ansprechbar.

Gerade in Gefahrensituationen ist aber nicht Angst, sondern eine gelassene Wachsamkeit notwendig, also eine genaue Beobachtung der Situation, ohne das Denken an die eigene Person. Dies ist die Voraussetzung eines guten Gefahrenradars: Der Polizist muss zum Beispiel abweichende Verhaltensmuster eines Autofahrers registrieren und Gefahrensignale rechtzeitig wahrneh-



**Einsatzkräfte der Bundespolizei und der Landespolizei Baden-Württemberg üben im Bahnhof Karlsruhe-Durlach das polizeiliche Einschreiten gegen Fußball-Gewalttäter.**  
Foto: Uli Deck/dpa

nämlich ein gefühlsmäßiger Zustand, der unter anderem gekennzeichnet ist durch negative Gedanken: „Mir könnte etwas Negatives passieren.“. All das sind Gedanken, die lähmend wirken und ein sachgerechtes Handeln verhindern. Noch schlimmer: Wer Angst zeigt, wird von einem Gewaltbereiten als schwach angesehen und deshalb eher angegriffen.

Nicht selten entsteht Angst aus dem Fehlen eines sachgemäßen Reaktionsmusters, was im Ernstfall dann zu

men, so den Griff unter den Fahrersitz.

#### 3. Kompetenzillusion

Man glaubt, für gefährliche Situationen gerüstet zu sein, ohne dass das tatsächlich der Fall ist. Die wird zum Beispiel am falschen Gebrauch des Wortes Routine deutlich, das sich auf regelmäßig vorkommende Handlungsabläufe bezieht.

Eine Verkehrsüberwachung ist eine Aufgabe vieler Polizisten, die sie mit großer Häufigkeit ausüben. Deshalb werden derartige Kontakte mit dem Bürger als Routine angesehen. Relativ vielen Polizisten kommt aber überhaupt nicht in den Sinn, dass eine Verkehrskontrolle auch gewaltbereite Personen betreffen könnte.

Routine kann also in zweifacher



Hinsicht gesehen werden: a) Nachlassen der Wachsamkeit, nachdem viele Interaktionen friedlich, unauffällig blieben, b) es ist überhaupt, von Anfang an, keinerlei Wachsamkeit vorhanden (Gedankenlosigkeit). Das Problem ist aber keineswegs, dass man durch harmlose Interaktionen in seiner Wachsamkeit „eingelullt“ worden ist. Das Problem ist vielmehr, dass man seit Beginn seiner beruflichen Laufbahn keine oder nur ungenügende kognitive Schemata für Gefahrensituationen aufgebaut hat, keinen „Gefahrenradar“ entwickelt hat. Lange Zeit spielte dieses Defizit im beruflichen Alltag für den einzelnen Polizisten keine Rolle, weil die Interaktionen harmlos waren.

Bei ihrem Eintreffen kam ihnen ein Mann entgegen gerannt, bedrohte sie verbal und hielt eine Geflügelschere hoch erhoben. Beide Beamten hatten die Waffe gezogen und im Anschlag, wobei der Sichernde durch seinen Kollegen kein freies Schussfeld hatte. Der vordere Beamte hatte es allerdings, und die Situation spielte sich auch im Hausflur, also bei gesichertem Umfeld, ab. Die Bedrohung war wohl recht offensichtlich – der Schusswaffengebrauch war prinzipiell angemessen und sicher möglich. Nicht für den Beamtinnen und Beamten vor Ort: Dieser entschloss sich, lieber mit seiner Waffe nach dem Täter zu werfen (!!!) und anschließend „manuell“ ein-

sondern auch ein wirksames Mittel gegen das Auftreten posttraumatischer Symptome. Diese treten nämlich nur dann auf, wenn jemand überraschend eine Katastrophe erlebt, „aus allen Wolken fällt“ und dann die Gedanken entwickelt: „Wie konnte das passieren?“, „Wie konnte das ausgerechnet mir passieren?“ oder „Das ist ungerecht!“ Deshalb muss man auf Gefahren psychologisch vorbereitet sein und sachgerechte Handlungsmuster besitzen. Was ist also konkret zu tun?

### 1. Einen Gefahrenradar entwickeln

Das „Geheimnis“ der Eigensicherung besteht darin, genau zu beobachten, was der andere macht (vor allem mit den Händen), um rechtzeitig sachgerecht reagieren zu können. Voraussetzung für eine gelassene Wachsamkeit ist, dass man – wie der oben erwähnte Polizist bei der Verkehrskontrolle – einen „Gefahrenradar“ entwickelt hat: Man muss rechtzeitig erkennen, welche Personen, Gegenstände und Situationen gefährlich werden könnten und welche harmlos sind (um nicht auf eine harmlose Situation mit Gewalt zu reagieren).

Dass relativ viele Menschen keinen „Gefahrenradar“ besitzen, liegt nicht nur an der Unkenntnis der Psychologie gewaltbereiter Personen, der fehlenden Kenntnis, dass beispielsweise in Alltagsgegenständen spitze Gegenstände als Waffen verborgen sein können, so in Feuerzeugen oder Lippenstiftgehäusen. Noch schwerwiegender ist, dass man die Situation nicht beobachtet, bevor man sich ein Urteil bildet, sondern mit voreiligen Urteilen (falschen kognitiven Schemata, verfrühten kognitiven Festlegungen) eine Situation fehldeutet.

Wer zum Beispiel meint: Auf der Bettkante, sitzt ja „nur“ ein alter Mann, die Situation ist also harmlos – obwohl dieser Mann Waffennarr war, vorher gedroht hatte, sein Haus in die Luft zu sprengen – versäumt, das Verhalten dieses Mannes zu beobachten und zu registrieren, dass dieser plötzlich unter die Bettdecke greift, eine Pistole hervorholt und schießt. Dies war genau die Situation, die zu Verletzungen mehrerer deutscher Polizisten führte. Also genau beobachten, was der andere mit den Händen macht.

### 2. Immer mit einer Veränderung des Verhaltens des Gegenübers rechnen

Falsch wäre auch die Meinung, man müsse nur Stressbewältigung üben, um



**Aggressive Ausgangslage: Rechtsextremisten auf Tuchfühlung mit polizeilichen Einsatzkräften. Foto: Martin Schutt/dpa**

Das Defizit wird dann aber in Gefahrensituationen deutlich, der Polizist weiß nicht, wie er sich verhalten soll, zögert, lässt sich vielleicht sogar die Dienstwaffe aus der Hand nehmen und damit erschießen, wie in einem Fall aus den USA (Pinizzotto & Davis, 1995).

Wie stark der Stress tatsächlich ist, wenn man nicht mental auf eine sachgemäße Gefahrenbewältigung eingestellt ist, zeigen folgende Verhaltensweisen deutscher Polizisten: Eine Streifenbesatzung fuhr zu einer „häuslichen Auseinandersetzung“.

zugreifen. Bei dieser Aktion wurden Täter und Beamte nicht unerheblich, wenn auch nicht schwer, verletzt. Im Nachhinein äußert der Beamte sich sinngemäß wie folgt: „Klar wusste ich, dass ich dabei verletzt werde. Aber wenn ich geschossen hätte, hätte ich eh' keine Wirkung erzielt und dann hätt' er mich abgestochen. So war's wenigstens wirksam.“ (Lorei 2001).

### Die psychologischen Vorteile der Eigensicherung

Man beachte: Die Beherrschung eigener guten Eigensicherung ist nicht nur ein wichtiger Schutz gegen Gefahren,



sachgerechtes polizeiliches Verhalten zu bewirken, denn häufig entsteht die Gefahr aus dem entgegengesetzten Problem: dem fehlenden Gefahrenbewusstsein. Gefahren können nämlich völlig unerwartet auftreten, gerade dann, wenn ein Polizist glaubt, dass er jetzt die Lage sicher im Griff hat. Doch auch hier gilt die alte Regel für Gefahrensituationen: Erwarte das Unerwartete! Sei vorbereitet! (Expect the unexpected! Be prepared!). Ich habe es nämlich selbst (bei einem Rollenspiel „Fahrzeugkontrolle“) erlebt, dass ein noch im Sicherheitsgurt befindlicher Täter plötzlich – auch für mich unerwartet – die Polizistin ansprang, die aber blitzschnell mit einem Tritt in den Unterleib des Täters reagierte. Leicht hätte sich hier eine gefährliche Situation entwickeln können: Die Polizistin hätte in die Unterlage geraten und der Täter sie zum Beispiel würgen können. Es zeigt sich deshalb, dass es auch für Polizisten notwendig ist, Grundzüge des Judo-Bodenkampfes zu beherrschen.

### 3. Die Perspektive eines potenziellen Täters übernehmen

Der Polizist sieht sich zumeist in der Rolle des allein Handelnden und übersieht die Möglichkeit, dass auch der andere handeln kann. Das kann gefährliche Folgen haben:

Als ein amerikanischer Polizist bei einem Bankraub auftauchte, schoss der Täter auf ihn. Der Polizist verließ die Bank und suchte hinter seinem Auto Schutz. Der Bankräuber feuerte weiter auf ihn. Der Polizist schoss und verletzte den Angreifer zweimal. Er selbst blieb unverletzt, war aber geschockt: Er hatte erwartet, dass der Täter fliehen würde, nicht, dass er ihn verfolgen würde.

Voreilig und gefährlich ist auch die Meinung: Dies ist ja nur eine Verkehrskontrolle. Die allermeisten Verkehrskontrollen sind erfreulicherweise gewaltfrei, doch kann gerade in Verkehrskontrollen ein hohes Gefahrenpotenzial stecken. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn der Polizist eine völlig andere Perspektive als der Fahrer hat. Was der Polizist als eine routinemäßige Kontrolle ansieht, kann ein Fahrer als Bedrohung seiner Freiheit ansehen – weil er Waffen oder Rauschgift in seinem Auto hat. Dies war häufig der Grund für Angriffe auf Polizisten. Deshalb muss ein Polizist auch lernen, dass die andere Person

eine völlig unterschiedliche Betrachtungsweise von der gleichen Situation haben kann und erkennen, dass sich Situationen auch plötzlich in eine völlig andere Richtung entwickeln können, vom Zustand des Friedens in den Zustand der Gewalt.

### 4. Die Kontrolle über die Situation behalten

Häufig wird auch der Begriff „Deeskalation“ völlig falsch verstanden, wenn man ihn mit Nichthandeln



**Trainingssache: Beamte eines Spezialeinsatzkommandos (SEK) der Polizei Frankfurt simulieren die Bewältigung einer Amok-Bedrohungslage. Foto: Boris Roessler/dpa**

gleichsetzt. Man glaubt dann, man würde durch sein eigenes Handeln einen Gewaltbereiten erst zur Gewalt provozieren. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Nicht nur wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass das Versäumnis, auf Bedrohung oder Gewalt sachgerecht zu reagieren, sogar geradezu zu Provokation und Gewalt einlädt. Auch ein Video der „Chaos-tage“ der 90er-Jahre des letzten Jahrhunderts zeigt, wie eine gewaltbereite Gruppe sich durch das Nichthandeln der Polizisten immer mehr ermutigt fühlt, immer näher zu kommen, von einer Bank Latten abzureißen und damit auf die Polizisten einzuschlagen.

Es ist deshalb unbedingt notwendig, die Kontrolle der Situation zu behalten und auf eine potenzielle Bedrohung sachgerecht zu reagieren, wie

folgendes Beispiel zeigt: Wegen einer nächtlichen Ruhestörung wurde eine junge Polizistin zusammen mit einem etwas älteren Kollegen in ein Haus gerufen. Der betreffende Wohnungsbesitzer sollte seinen Personalausweis zeigen. Doch er verhielt sich derart provokativ, suchte zögerlich nach dem Papier und stellte die Musikanlage lauter. Während der Polizist passiv blieb, sagte die junge Polizistin plötzlich mit leicht erhobener Stimme: „Kriegen wir nun den Ausweis oder nicht?!“

Daraufhin händigte ihr der Mann den Personalausweis sofort aus. Beim Herausgehen sagte er zu dem Polizisten: „Seien Sie froh, dass Sie eine Frau dabei haben, sonst würde ich Ihnen eine reinhauen.“

Die junge Polizistin hatte verschiedene Prinzipien des Überlebens gefährlicher Situationen mit diesem einzigen Satz ausgeführt: Handeln, die Führung der Situation übernehmen, Frieden durch entschlossenes Auftreten. Vor allem aber hatte sie das wichtige Prinzip unbewusst erkannt und umgesetzt: Wenn ich provoziert oder angegriffen werde, muss ich die Kontrolle über die Situation übernehmen.

### 5. Eine Reaktionsdistanz schaffen

Grundsätzlich ist zu beachten: In einer potenziell gefährlichen Situation muss die Entfernung zum Interaktionspartner situationsangepasst sein. Um einen Anhaltspunkt zu geben: In einer normalen Gesprächssituation kann sie etwa ein bis zwei Armlän-



gen betragen. Merkt man aber, dass der Interaktionspartner aggressiv werden könnte, muss man zurückgehen, um sich Reaktionszeit zu verschaffen. Dann könnten zwei bis drei Schritte ausreichen. Entscheidend dabei für das eigene Handeln ist das fundamentale Prinzip: Ich muss immer die Hände des Anderen beobachten.

Man kann auch materiell eine Reaktionsdistanz schaffen, indem man Gegenstände wie zum Beispiel einen Stuhl, einen Tisch, eine Fahrzeurtür usw. zwischen sich und einen potenziellen Angreifer bringt. Durch dieses Hindernis hat man nicht nur Distanz geschaffen, sondern man kann den Gegenstand aktiv als Verteidigungsmittel einsetzen: den Stuhl vor die Beine des Angreifers schieben oder die Fahrzeurtür zuschlagen.

### 6. Mit Entschlossenheit handeln

Man muss auf jeden Fall damit rechnen, dass plötzlich unerwartete Schwierigkeiten auftreten könnten und darf sich in keinem Fall von seinem Handlungsmuster abbringen lassen. Vorbildlich handelte hier ein deutscher Polizeibeamter, auf den der Täter – offensichtlich unter Drogeneinfluss – mit erhobenem Messer zuzuging. Ein Strahl mit dem Pfefferspray zeigte keine Wirkung, vielmehr ging der Täter beschleunigt weiter auf den Beamten zu. Der Polizist rief: „Messer weg!!!“ und gab einen Schuss auf den linken Oberschenkel des Täters ab. Auch dies zeigte keine Wirkung, vielmehr ging er weiter auf den Beamten zu. Dieser wich zur Seite aus und schoss viermal in Richtung des linken Beines des Täters. Erst nach dem letzten Schuss fiel der Täter rückwärts auf den Boden.

Dieses Beispiel zeigt auch, dass

- ein einzelner Schuss nicht immer ausreicht, um einen Angreifer zu stoppen,
  - die Wirkung des Pfeffersprays oft überschätzt wird,
- besonders bei betrunkenen oder psychisch auffälligen oder unter Drogeneinfluss stehenden Personen.

### 7. Eine realistische Ausbildung

Voraussetzung für eine gute Eigensicherung ist eine intensive Ausbildung und der Erwerb einer großen Bandbreite von Kenntnissen, die spezifisch auf die Bewältigung der unterschiedlichsten Aufgaben ausgerichtet sind. Dazu gehört Realitätstraining, das realistische Üben des sachgerechten Verhaltens in den häufigsten Gefah-

rensituationen, aber auch Kenntnisse von der Psychologie gewaltbereiter Personen (die eher nach dem „Gesetz der Straße“, Code of the streets, handeln, wie der amerikanische Soziologe Anderson herausfand). Durch ein gezieltes psychologisches Wahrnehmungstraining muss ein „Gefahrenradar“ aufgebaut werden. Durch eine mentale Vorbereitung auf Gefahren kann eine „Stressimpfung“ bewirkt werden: Tritt die Gefahr tatsächlich auf, wird man davon nicht überrascht und ist hilflos, sondern kann schnell und sachgerecht handeln.

Wie die verschiedenen FBI-Studien ausdrücklich betonen, müssen auch Dinge berücksichtigt werden, die man leicht übersieht. Da viele Angriffe auf Polizisten bei Nacht oder schlechten Sichtverhältnissen vorkommen, muss beispielsweise auch unter solchen Bedingungen geübt werden.

Und vor allem ist die Beachtung von Prinzipien der Eigensicherung, Sicherheitsvorschriften usw. nicht nur Ausdruck einer professionellen Haltung, die auch die Person registriert, der man begegnet, sondern deshalb auch im wahrsten Sinne des Wortes überlebenswichtig.

### 8. Üben, üben, üben

Sprachliche Gesichtspunkte spielen bei der polizeilichen Ausbildung eine große Rolle. Dagegen wird aber viel zu häufig übersehen, dass auch psychomotorische Fähigkeiten für polizeiliches Handeln und spezifisch für die Eigensicherung von großer Bedeutung sind. McKee weist in einem Fachartikel (s. S. 16) darauf hin, dass viele polizeiliche Tätigkeiten, die bei Verhaftungen eine Rolle spielen, als psychomotorische Fähigkeiten klassifiziert werden können. Eine psychomotorische Fähigkeit wird als muskuläre Bewegung definiert, die sich aus geistigen Prozessen ergibt. Es gibt eine motorische Komponente, die Bewegung – aber auch eine mentale (kognitive). Diese hat mit dem Entscheidungsprozess zu tun, wenn die Fähigkeit ausgeübt wird.

Es ist deshalb sehr bedenklich, dass sowohl der Entscheidungsprozess als auch das Handeln von Polizisten im Ernstfall durch eine Reihe von Defiziten beeinträchtigt werden können. McKee stellte nämlich fest, dass nach über zwei Jahren nur noch ein Drittel der psychomotorischen Fähigkeiten bei Verhaftungstechniken beherrscht wurden. Betrachtet man in diesem Zu-

sammenhang die Feststellung von Ducharme in einem Fachartikel (s. S. 16), dass Polizisten häufiger als man glaubt in die Bodenlage geraten (vor allem bei missglückten Durchsuchungen und Verhaftungen), worauf sie weder mental noch körperlich eingestellt sind, so kann sich leicht ein gefährlicher Dominoeffekt ergeben: Weil man zum Beispiel Durchsuchungstechniken nicht beherrscht, gerät man leicht ins Straucheln oder fällt auf den Boden. Weil man darauf aber nicht vorbereitet ist, ist man hilflos. Weil man dann nicht weiß, was man tun soll, ist man dem Gegner hilflos ausgeliefert, besonders wenn dieser mit Würgen oder anderer brutaler Gewalt das Gefühl der

### Buch-Rezension

Dieses Buch trifft den Nerv. Es ist wohl das anhaltende Bedürfnis von Fachleuten in der polizeilichen Aus- und Fortbildung, von Einsatztrainern und wohl auch von Polizeibeamten im täglichen Dienst, fundiertes Wissen und nachvollziehbare Verhaltensempfehlungen zum Thema Eigensicherung zu bekommen. Kurz, jeder Polizeibeamte, aber auch andere Berufsgruppen mit häufigen interpersonellen Konflikten, brauchen wissenschaftlich begründete Handreichungen zur Bewältigung von Gefahren- und Gewaltsituationen. Mit Konzepten wie Gefahrenradar oder Stressimpfung schafft es Autor Uwe Füllgrabe mühelos, Erkenntnisse der Allgemeinen Psychologie auf die polizeiliche Praxis zu transferieren. Füllgrabe hält einem dazu unentwegt den Spiegel vor, eine Technik, die er der provokativen Therapie nach Farrelly entlehnt hat. Jedes Kapitel vermittelt die Überzeugungskraft des Autors: Dass es sich lohnt, das eigene Wahrnehmen und Denken, das ganze Verhalten für den Erhalt der Gesundheit und des Lebens einzusetzen; denn Überleben ist kein Zufall!

**Uwe Füllgrabe, Psychologie der Eigensicherung – Überleben ist kein Zufall, 4. Auflage 2012, Richard Boorberg Verlag, 270 Seiten, 29,50 Euro, ISBN 9783415048591**

**Dr. Hans Peter Schmalzl**



Hilflosigkeit noch verstärkt. Deshalb ist es auch für Polizisten notwendig, Grundzüge des Judo-Bodenkampfes zu beherrschen. Es ist also unbedingt notwendig, die Bewältigung gefährlicher Situationen (die wichtigsten polizeilichen Szenarien) unter realistischen Bedingungen zu üben.

**Dr. Uwe Füllgrabe**

### Literaturhinweise:

DuCharme, S. (2001). *The upside of*

*falling down. The Law Enforcement Trainer, January-February 2001, S. 6-8, 26.*

Füllgrabe, U. (2002, 4. Auflage 2012): *Psychologie der Eigensicherung. Überleben ist kein Zufall. Stuttgart: Richard Boorberg Verlag.*

Lorei, C. (1999). *Der Schusswaffengebrauch bei der Polizei. Eine empirisch-psychologische Analyse. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag.*

McKee, F. (2000). *Psychomotor skill retention. The Law Enforcement Trainer,*

*November/December 2000, S. 22-24.*

Pinizzotto, A. J. & Davis, E. F. (1995). *Killed in the line of duty: Procedural and training issues. FBI Law Enforcement Bulletin, Vol. 64, Nr. 3, March 1995, S. 1-6.*

Pinizzotto, A. J. & Davis, E. F. (1999). *Offenders' perceptual shorthand: What messages are law enforcement officers sending to offenders? FBI Law Enforcement Bulletin, Vol. 68, Nr. 6, June 1999, S. 1-4.*

## RECHT

# Richtig gemacht? Verkehrskontrolle: Konkreter Verdacht, Belehrung, Kontrollort

**Die Kontrolle von Verkehrsteilnehmern und ihren Fahrzeugen stellt eine der Hauptaufgaben der Polizei im Sinne der Verkehrssicherheitsarbeit dar. Sinn und Zweck ist es, im Rahmen des Paragraphen 36 Abs. 5 Straßenverkehrsordnung (StVO), der sogenannten verdachtsunabhängigen Kontrolle, Fahrzeugführer und ihre Fahrzeuge dahingehend zu überprüfen, ob sie verkehrstüchtig und ihre Fahrzeuge verkehrssicher sind. Es gibt aber auch die Kontrolle, die nach einer Auffälligkeit im Sinne des Verdachts einer Ordnungswidrigkeit oder Straftat stattfindet.**

**S**o musste sich das **Oberlandesgericht (OLG) Celle – 23. Juli 2012, 31 Ss 27/12** – mit einem Sachverhalt beschäftigen, dessen Ursprung im Straßenverkehr lag. Die Richter hatten mehrere Probleme zu ermitteln. Liegt auch eine Verkehrskontrolle nach Paragraph 36 Abs. 5 StVO vor, wenn ein Verdacht einer Ordnungswidrigkeit besteht und die Person angehalten wird? Wann muss wie belehrt werden und wo darf die Kontrolle stattfinden? Hier war es so, dass Polizisten im Gegenverkehr einen Fahrzeugführer mit auffällig rotem Kopf sahen. Sie wendeten und verfolgten mit dem Streifenfahrzeug die Person.

Der Fahrzeugführer konnte bis zu seinem Grundstück fahren, wo die Kontrolle erfolgte. Die Beamten hatten laut Akte persönlich den Verdacht einer Trunkenheitsfahrt, die sie mit dem auffällig roten Kopf in Verbindung brachten. Weitere Anzeichen gab es nicht. Der Person gegenüber äußerten sie ihren Verdacht nicht, sondern stellten die Maßnahme als allgemeine Ver-

kehrskontrolle dar. Daher belehrten sie auch nicht. Die Situation eskalierte bis zu Widerstandshandlungen. Eine alkoholische Beeinflussung konnte bei der Person nicht festgestellt werden.

Das Amtsgericht (AG) sprach die Person, die wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte angezeigt wurde, frei. Das Landgericht (LG) verurteilte den Mann und vor dem OLG Celle gab es einen Freispruch. Der Grund lag für das Gericht darin, dass eine Belehrung der Beamten fehlte, wenn

sie den Verdacht einer Trunkenheitsfahrt hatten. Ohne diese Belehrung war die Amtshandlung rechtswidrig. (Rund um die Belehrung hat der Autor bereits in der DP-Juli-Ausgabe 2011, ab S. 30 entsprechende Ausführungen gemacht.)

### Mussten die Beamten belehren?

Konnte die Feststellung des auffällig roten Kopfes schon einen Anfangsverdacht darstellen, was entsprechende Belehrungspflichten erfordert oder ist dies noch eine reine Vermutung, was den Beamten dazu veranlasst im Sinne des Paragraphen 36 Abs. 5 StVO weitere Ermittlungen anzustellen beziehungsweise eine informatorische Befragung durchzuführen?

Das **Bayerische Oberste Landesgericht (BayObLG) – 2 ObOWi 219/03, 21. Mai 2003** – sieht bei Angaben, die ein betroffener Kraftfahrzeugführer gegenüber einem im Rahmen einer verdachtsunabhängigen Atemalkoholkontrolle ihn befragenden Polizeibeamten über Trinkende, sowie Art und Umfang der genossenen alkoholhaltigen Getränke macht, als verwertbar an, weil lediglich eine informatorische Befragung vorliegt. Hier kam Alkoholgeruch aus dem Fahrzeug. Daraufhin wurde der Betroffene informatorisch befragt, woher der Alkoholgeruch stammt. Er äußerte, zwei Bier getrunken zu haben und anschließend bis zur Kontrollstelle gefahren zu sein.



Fredrik von Erichsen/dpa



Danach erst wurde die Person belehrt.

Für die Richter ist ein Beschuldigter dann gegeben, wenn der Tatverdacht individualisiert und über die Schwelle bloßer Vermutungen hinaus konkretisiert ist. Die bloße Wahrnehmung von Alkoholgeruch im Auto – der Beamte gab an, „im Fahrzeug des Betroffenen Alkoholgeruch bemerkt und nicht etwa Alkoholgeruch in der Atemluft des Betroffenen – reicht für die Bejahung konkreter Anhaltspunkte im oben angesprochenen Sinne nicht aus...“

Das **Kammergericht (KG) – 5. Juni 2009, 2 Ss 131/09, Ws (B) 323/09** –, stellt fest: Die im Rahmen einer allgemeinen Verkehrskontrolle durchgeführte informatorische Befragung des Betroffenen – um nichts anderes handelt es sich bei der allgemeinen Frage nach Alkohol- und/oder Drogenkonsum – zwingt noch nicht zu einer Belehrung gemäß Paragrafen 46 Abs. 1 OWiG, 136 StPO. In der Literatur ist ein Hinweis von Gramse (NZV 2002, S. 17) sehr interessant: Er geht davon

aus, dass ein Anfangsverdacht vorliegt, wenn Alkoholgeruch aus dem Fahrzeug festgestellt wird, da ansonsten eine Blutprobe gemäß Paragraf 81a StPO nicht angeordnet werden dürfe, wenn sonst keine weiteren Anzeichen hinzukommen.

Wenn man dieser Einschätzung folgt und nicht den Ausführungen des BayObLG, dürfte doch wesentlich mehr vorliegen als der rote Kopf, der im Gegenverkehr beobachtet wird. Hier müssen weitere Anhaltspunkte gesucht werden, um die Vermutung zu erhärten oder auch zu entkräften. Schoreit (Karlsruher Kommentar, 6. Auflage, S. 907 ff, zu Paragraf 152 StPO) führt aus, dass ein Anfangsverdacht gegeben ist, wenn zureichende tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen – ... die Möglichkeit, dass nach kriminalistischer Erfahrung eine verfolgbare Straftat gegeben ist, genügt für den Anfangsverdacht. ...

Sprechen lediglich Vermutungen oder kriminalistische Hypothesen

## Zum Autor:



Foto: privat

**Ewald Ternig** ist seit 1982 bei der Polizei des Landes Rheinland-Pfalz. 1997 wechselte er an die dortige Landespolizeischule. Seit 2002 ist er im Hauptamt als Dozent an der rheinland-pfälzischen Fachhochschule für den öffentlichen Dienst im Fachbereich Polizei tätig.

Anzeige

**BANKHAUS  DR. MASEL**

Wir nehmen Ihre Wünsche persönlich.

## Akademiker und Beamte aufgepasst!

Zahlen Sie für Ihr **BEAMTENDARLEHEN** noch in eine teure Lebens- oder Rentenversicherung?

**Jetzt clever umschulden und sparen!**

Entscheiden Sie sich für den **PRIVATKREDIT+**

### Ihre Vorteile:

- Ratenkredit von 10.000,00 EUR bis 120.000,00 EUR
- Laufzeit 10, 12 oder 15 Jahre
- Niedrige monatliche Rate mit regelmäßiger monatlicher Tilgung
- Sondertilgung jederzeit ohne Vorfälligkeitsentschädigung möglich
- Keine Bearbeitungsgebühr
- Bonitätsunabhängiger gebundener Sollzinssatz für die gesamte Laufzeit
- Das PLUS: Die Bank bezahlt für Sie die Beiträge zur Todesfallabsicherung

**Jetzt Wunscharlehen beantragen unter**

**[www.bankhaus-masel.de](http://www.bankhaus-masel.de) oder Free Call: 0800-3006830**



dafür ... tritt die Verfolgungspflicht noch nicht ein. Bei Meyer-Gossner (StPO, 55. Auflage, zu Paragrafen 152, Rd.-Nr. 4) wird ausgeführt, dass ein Anfangsverdacht in konkreten Tatsachen bestehen muss, ... nach den kriminalistischen Erfahrungen als möglich erscheinen lassen, dass eine verfolgbare Straftat vorliegt, ... bloße Vermutungen rechtfertigen es nicht, jemandem eine Tat zur Last zu legen. Sie können zu besonderer Achtsamkeit und zu Beobachtungen veranlassen. ... Auch der **Bundesgerichtshof (BGH) – 27. Februar 1992, 5 StR 190/91, NZV 1992, 242 ff** – macht deutlich, dass der Polizeibeamte informatorisch befragen darf. So auch das **OLG Zweibrücken – 16. August 2010, 1 Ss Bs 2/10 –** .

Ob bei einem auffällig roten Kopf, den man im Gegenverkehr sieht, die Schwelle der informatorischen Befragung überschritten ist, darf bezweifelt werden. Sollte beim ersten Kontakt Alkoholgeruch bei der Person festgestellt werden, dürfte die Schwelle übertreten sein. Laut der Entscheidung des OLG Celle hat sich bei dem Beschuldigten kein Alkoholgeruch ergeben. Hier dürfte kein Anfangsverdacht vorgelegen haben. Eine Kontrolle nach Paragraph 36 Abs. 5 StVO war genau die Maßnahme, die ein Vorgesetzter von einem Mitarbeiter im Streifendienst in dieser Situation erwartet. Hat der Beamte jedoch persönlich den Tatverdacht, muss er auch belehren.

Die zweite Frage, ob eine Verkehrskontrolle nach Paragraph 36 Abs. 5 StVO auch noch stattfinden kann, wenn zuvor der Verdacht einer Ordnungswidrigkeit vorlag, wird in der Literatur kritisch gesehen. Die Verwaltungsvorschrift (VwV) zum Paragraphen 36 Abs. 5 StVO sagt kurz, dass sind Verkehrskontrollen, sowohl solche zur Prüfung der Fahrtüchtigkeit der Führer oder der nach den Verkehrsvorschriften mitzuführenden Papiere als auch solche zur Prüfung des Zustandes, der Ausrüstung und der Beladung der Fahrzeuge.

## Fahrzeugüberprüfung

Wenn ein Fahrzeugführer angehalten wird, weil er zu schnell war, weil er nicht angegurtet war oder einen anderen Verstoß begangen hat beziehungsweise der Verdacht in diese Richtung geht, wird der Polizist nach dem entsprechenden Anhalten ihn nach seinem Führerschein, seiner Zulas-



*Alltägliche Kontrollsituation.*

*Foto: Julian Stratenschulte/dpa*

sungsbescheinigung beziehungsweise seines Fahrzeugscheins befragen, es kann auch sein, dass er ihm zuvor den Grund des Anhaltens mitteilt und ihn danach nach diesen Dokumenten befragt sowie die Aushändigung erbittet. In der Regel wird er oder sie, bevor der eigentliche Verstoß geahndet wird, auch noch das Fahrzeug überprüfen, ob beispielsweise die Beleuchtung o.k. ist, ob die Reifen in Ordnung sind und was sonst noch im Rahmen der VwV zum Paragraphen 36 Abs. 5 StVO überprüft werden kann. Die Frage, die sich somit stellt und die das OLG Celle im Grundsatz verneint hat, ist, ob nicht auch im Rahmen dieser verdachtsabhängigen Kontrolle eine Verkehrskontrolle durchgeführt wird, die mit der Ahndung der eigentlichen Ordnungswidrigkeit nichts zu tun hat.

Das **BayObLG – 27. Oktober 1986, 1 Ob OWi 130/86** – führt aus, dass die zur Ermöglichung der Verfolgung einer Verkehrsordnungswidrigkeit erteilte Weisung zum Anhalten nicht deshalb bußgeldbewehrt ist, weil der

Polizeibeamte beabsichtigt, auch die vom Angehaltenen mitzuführenden Papiere zu überprüfen. Der **BGH – 31. Januar 1984, 4 StR 350/83** – stellt in einer Entscheidung, die sich mit Paragraph 36 Abs. 1 StVO, der dem Polizeibeamten die Möglichkeit schafft, Zeichen und Weisungen zu erteilen, die zur Regelung eines augenblicklichen Verkehrsbedürfnisses ergehen, fest: Bußgeldbewehrt nach Paragraph 36 Abs. 1 sind alle Weisungen eines Polizeibeamten, die aus einem augenblicklichen Verkehrsbedürfnis heraus zur Regelung des Straßenverkehrs oder zur Beseitigung einer andauernden Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit einem bestimmten Verkehrsteilnehmer erteilt werden, nicht jedoch solche Weisungen, die allein die Verfolgung einer (beendeten) Verkehrsordnungswidrigkeit ermöglichen sollen. Auch wenn der BGH zum Paragraphen 36 Abs. 5 StVO keine Antwort gibt, führt er aus ... Sie könnte allerdings auch in Paragraph 36 Abs. 5 StVO keine Rechtsgrundlage



finden ... Deshalb könnte der Senat der gegenteiligen Auffassung, nämlich der Anwendung des Paragraphen 36 Abs. 5 StVO auf den der Vorlage zugrunde liegenden Sachverhalt ... nicht folgen.

Das **OLG Düsseldorf – 5. Juni 1996, 5 Ss 190/96 – 49/96 I** – sagt zu Paragraph 36 Abs. 5 StVO: Diese Bestimmung ermächtigt Polizeibeamte zur Durchführung allgemeiner Verkehrskontrollen, das heißt zur Prüfung der Fahrtüchtigkeit der Fahrzeugführer, der nach den Verkehrsvorschriften mitzuführenden Papiere sowie des Zustandes, der Ausrüstung und der Beladung des Fahrzeugs. ... Diese Bestimmung ist vorliegend nicht schon deshalb nicht anwendbar, weil sich die Polizeibeamten ... wegen der zeitweilig ausgeschalteten Beleuchtung des Fahrzeugs und der damit begangenen Verkehrsordnungswidrigkeit zum Anhalten entschlossen haben. Abs. 5 dieser Bestimmung gestattet, anders als Abs. 1 auch Anhalteweisungen wegen Zielen, die über die konkrete Verkehrsregelung und die Beseitigung aktueller Verkehrsbeeinträchtigungen hinausgehen. Nicht erfasst sind lediglich Weisungen, die ausschließlich zum Zwecke der Verfolgung des Betroffenen wegen einer Ordnungswidrigkeit beziehungsweise Straftat dienen. Es ist jedoch auch gerichtsbekannt, dass Polizeibeamte in solchen Fällen auch prüfen, ob der ... Verkehrsteilnehmer im Besitz einer gültigen Fahrerlaubnis ist. So auch Hentschel (NSTZ 1984, 272), der klar macht: Kommt der Verkehrsteilnehmer nach Begehung einer Verkehrsordnungswidrigkeit dem Anhaltegebot eines Polizeibeamten, der diese Ordnungswidrigkeit verfolgen will, nicht nach, so handelt er auch unter Zugrundelegung der

Rechtsansicht des BGH nur dann nicht ordnungswidrig, wenn der Beamte NICHT zugleich eine Kontrolle der mitzuführenden Papiere beabsichtigt.

Dem ist beizupflichten. Es wird auch bei verdachtsabhängigen Kontrollen, nach beispielsweise einem Geschwindigkeitsverstoß, eine Verkehrskontrolle über die Personalienfeststellung zur Verfolgung der Ordnungswidrigkeit (Owi) hinaus durchgeführt. Zu diesem Verstoß ist die Person natürlich entsprechend zu belehren. Hält sie jedoch nicht an, obwohl die Anhaltezeichen klar gegeben wurden, dürfte auch ein Verstoß gegen den Paragraphen 36 Abs. 5 StVO vorliegen.

## Kontrollen

Zu Kontrollen auf Privatgrundstück findet man in der Literatur wenig. Das **OLG Saarbrücken – 11. Februar 1981, 1 AK 11/81, r+s 1981, 87** – führt dazu aus, dass die Aushändigungspflicht zur Prüfung des Führerscheins so lange besteht, als noch – was hier unzweifelhaft ist – ein örtlicher und zeitlicher Zusammenhang mit der Fahrt gegeben ist. Allein darauf ist abzustellen, ohne dass die Pflicht dadurch entfallen war, dass der Betroffene sich bei der beabsichtigten Prüfung seines Führerscheins durch den Polizeibeamten auf einem Privatgrundstück befand. Das **OLG Schleswig – 11. November 1959, Ss 317/59, VM 1960, S. 26** – stellt fest, dass die Pflicht, Führer- und Kraftfahrzeugschein auszuhändigen, auch außerhalb öffentlicher Straßen gilt, solange ein zeitlicher Zusammenhang mit einer Fahrt auf öffentlichen Straßen besteht. Das **OLG Köln – 19. April 1977, Ss 796/76** – äußerte sich dazu

nicht umfassend, als es auf einem Privatgrundstück zu einer verbalen Auseinandersetzung kam. Bezogen auf den Kontrollort führt das Gericht aus, dass das Aushändigen der Fahrzeugpapiere und die Kontrolle im Sinne des Paragraphen 36 Abs. 5 StVO auch nach der Fahrt erfolgen kann, wenn ein zeitlicher oder räumlicher Zusammenhang mit der Fahrt noch besteht. Ob jedoch ein Kraftfahrer in einem solchen Fall seinen Führerschein auch dann noch vorzeigen muss, wenn er schon auf seinem Privatgrundstück ist und von den Polizeibeamten nicht einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verdächtigt wird und auch ansonsten ein konkreter Anlass für ein polizeiliches Einschreiten nicht besteht, sondern er lediglich im Rahmen einer Verkehrskontrolle nach Paragraph 36 Abs. 5 StVO angehalten wird, mag dahin stehen.

Zusammenfassend dürfte man feststellen können: Eine Kontrolle nach Paragraph 36 Abs. 5 StVO muss auch möglich sein, wenn ein Anfangsverdacht für eine Ordnungswidrigkeit besteht. Bei einem auffällig roten Kopf dürfte ein solcher Anfangsverdacht noch nicht gegeben sein. Auch für solche Situationen ist Paragraph 36 Abs. 5 StVO die Vorschrift, die ein Anhalten dieses Verkehrsteilnehmers legitimiert. Um der Verkehrssicherheit entsprechen zu können, muss eine Kontrolle auf einem Privatgrundstück im Sinne des Paragraphen 36 Abs. 5 StVO möglich sein, wenn sich die Kontrolle unmittelbar an eine Fahrt im öffentlichen Verkehrsraum anschließt und die Kontrollaufforderung im öffentlichen Verkehrsraum ergangen ist. (Weitere Infos dazu: DAR 2012, S. 730.)

**Ewald Ternig, Dozent für VR/VL an der FHöV – FB-Pol.- Rhld.-Pf**

Anzeige



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • [www.habichtswaldklinik.de](http://www.habichtswaldklinik.de) • [info@habichtswaldklinik.de](mailto:info@habichtswaldklinik.de)

... wieder Atem schöpfen



### Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach §111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



# Sanitäre Situation im Fußballfan-Reiseverkehr – mit der Bahn oft kaum erträglich

*Wenige Tage nach Erscheinen dieser Ausgabe eröffnen die Profiteams von Bayern München und Borussia Mönchengladbach die neue Bundesliga-Saison. Die Clubs der zweiten und dritten Liga hatten ihren ersten Anpfiff schon Mitte Juli. So schön es für die vielen Fußballfans ist, wenn der Ball wieder rollt, so bedeutet dies gleichzeitig, dass es auch für die polizeilichen Einsatzkräfte in eine neue Runde geht. Angesichts einer in den vergangenen Jahren steigenden Zahl von Arbeitsstunden zur Bewältigung von Fußballeinsätzen eine Nachricht, die in den Reihen der Einsatzkräfte nicht überall nur für strahlende Augen sorgt.*

*Wenig beachtet von der öffentlichen Berichterstattung ist der Fan-Reiseverkehr mit dem Zug. Mittendrin und meist dabei die Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei. Was dort geschieht und vor allem, was verbessert werden kann, erläutert Wolfgang Gieck, stellvertretender Vorsitzender der GdP-Direktionsgruppe Bundesbereitschaftspolizei und Vorsitzender des Gesamtpersonalrates der Direktion Bundesbereitschaftspolizei:*



*Unangenehme Enge im Zug kann zur Gewalt-Eskalation maßgeblich beitragen.*

*Foto: ÖA Direktion Bundesbereitschaftspolizei*

**W**ochenende für Wochenende erleben Einsatzkräfte der Bundespolizei unzumutbare Zustände bei der Fußballfanbegleitung in den Zügen der Deutschen Bahn AG – wenn es um die Hygiene und Entsorgung geht. In der Regel verfügen die Eisenbahnwagen über viel zu wenige Toilettenkabinen oder diese sind nach kurzer Zeit durch Verunreinigung unbenutzbar. So kommt es nicht selten vor, dass neben Fußballfans und anderen Zugreisenden auch Kolleginnen und Kolle-

gen bei länger andauernden Einsätzen über Stunden nicht zur Toilette gehen können.

Dies führt nicht nur zu einem beträchtlichen Unwohlsein, sondern beeinträchtigt in nicht unerheblichem Maße die Gesundheit der betroffenen Einsatzkräfte. Der gesundheitsgefährdende Aspekt wird noch verstärkt, wenn man weiß, dass die eingesetzten Polizistinnen und Polizisten teilweise bereits lange vor und während des Einsatzes auf die Zufuhr von Flüssigkeit verzichten, um das Entsorgungs-

bedürfnis so gering wie möglich zu halten.

Am schlimmsten betroffen sind natürlich Kolleginnen und andere weibliche Zugreisende. Ist es Männern vielleicht doch noch einmal möglich, sich zu erleichtern, erscheint dies für Frauen nur schwerlich oder mit größten Unannehmlichkeiten ausführbar.

Mangelnde sanitäre Ver- und Entsorgungsmöglichkeiten während der Reise führen aus der Erfahrung vieler Einsätze unweigerlich zu einer Erhöhung der Gewaltbereitschaft bei Fußballfans. Aber auch andere Reisende nervt die mangelhafte Sanitärsituation. Das Risiko einer sich eskalierenden Lage steigt, es entsteht ein vermeidbares Aggressionspotenzial.

## Pinkel-Bilder

In der heutigen mit Handys und Digitalkameras dokumentierten Zeit sind Bilder von urinierenden Fußballreisenden zumeist der unbefriedigenden Situation geschuldet. Wäre es indes nicht noch unangenehmer, wenn auf solchen Fotos in Medien polizeiliche Einsatzkräfte präsentiert würden?

Einige kleine Verbesserungen lassen sich sicherlich durch gezielte taktische Maßnahmen der eingesetzten Polizeieinheiten erreichen. Aber für entscheidende Fortschritte ist die Polizei auf die Zusammenarbeit und die Unterstützung der Deutschen Bahn AG angewiesen. Wichtig wäre die ausreichende Bereitstellung von Transportkapazitäten für den Fußballreiseverkehr in Form von Sonder- und Entlastungszügen beziehungsweise von Schienenersatzverkehr.

## Genügend Toiletten und Zwischenhalte

Diese Züge müssen über eine ausreichende Anzahl von benutzbaren Toiletten verfügen. Eine weitere Möglichkeit zur Milderung der Zustände könnte sein, dass längere Aufenthalte an Bahnhöfen mit den entsprechenden Toilettenanlagen eingeplant werden.

**Fortsetzung Seite 21**





Urinierende Fußballfans an den Bahngleisen.

Foto: BeDo BPOLABT Duderstadt

Das trägt sicherlich zu einer deutlichen Entspannung der Situation bei. Zudem sollte der Einsatz von polizeilichen Toiletten-Kraftwagen, sogenannter TOI-KW, erwogen werden. Solche Fahrzeuge werden bereits bei Ländereinsatz mit Erfolg und guten Erfahrungen verwendet.



Foto: privat

Autor Wolfgang Gieck

Zwar gibt es gerade bei der Fanbegleitung auf Reisen die bereits erwähnten Lösungsmöglichkeiten, jedoch könnte der TOI-KW auch hier ein kleines, indes praxistaugliches Puzzleteil sein. Durch diese Anschaffung könnte man in der Bundesbereitschaftspolizei in unterschiedlichen Einsatzlagen wesentlich flexibler reagieren. Die Hygiene, Gesundheit und Menschenwürde der Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter sollten diese Ausgaben mehr als rechtfertigen. Deshalb wird sich die Gewerkschaft der Polizei, Direktionsgruppe Bundesbereitschaftspolizei, für die Anschaffung von TOI-KW einsetzen.

### Menschenwürde und Gesundheit

König Fußball – ob aktiv oder passiv betrieben, ist in der Bundesrepublik nach wie vor die beliebteste Freizeitbeschäftigung und die schönste Nebensache der Welt. Dies wird und soll in Zukunft so bleiben. Die jetzt beginnende Saison wird unter Anbetracht der beeindruckenden internationalen Erfolge unserer Mannschaften in der UEFA-Champions-League weiter boomten, sodass mit noch mehr Fußballreiseverkehr zu rechnen ist.

Profitieren werden davon weiter die Bundesligavereine, die teilweise jetzt schon Rekordumsätze von dreistelligen Millionenbeträgen erzielen und die Deutsche Bahn AG durch den

Verkauf von zusätzlichen Tickets. Allerdings wird das alles auch durch die Polizei ermöglicht, indem die Kolleginnen und Kollegen jedes Wochenende in zahlreichen Einsatzstunden für Sicherheit, Recht und Ordnung im Land sorgen. Auch die Bundespolizei leistet durch den Einsatz der Bundesbereitschaftspolizei und der Mobilien Kontroll- und Überwachungseinheiten (MKÜ) einen gehörigen Anteil daran – aber bitte unter erträglichen Arbeits- und Einsatzbedingungen.

Die Menschenwürde und Gesundheit unserer Polizistinnen und Polizisten und akzeptable Bedingungen im Reiseverkehr müssen in den Fokus der Diskussion gerückt werden. Wir brauchen schon heute spürbare Verbesserungen rund um den Fußballreiseverkehr.

Anzeige



Hygiene-Vorteil: Toilettenwagen für die Einsatzkräfte.

Foto: BeDo BPOLABT Bad Dübén

**Berater – Dozenten gesucht**  
Für ein neues bundesweites Ausbildungs-Projekt suchen wir als Berater/Dozenten (m/w) ehemalige Prüfer/Mitarbeiter des Einstellungstests der Polizei.  
Kontakt: Carl Tannen  
tannen@tannen-marketing.de

[www.polizeifeste.de](http://www.polizeifeste.de)  
Alle Polizeifeste  
der GdP auf einen Blick!



## Professionelle Einsatzbewältigung der Bereitschaftspolizeien sichern und ausbauen

Mit einem intensiven Meinungsaustausch festigten der Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder (IBPdL), Wolfgang Lohmann, und der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, den seit vielen Jahren zwischen beiden Stellen bestehenden engen Kontakt. Beide Gesprächspartner bekräftigten ihre Absicht, die gute Tradition der Zusammenarbeit fortzusetzen. Themen des rund einstündigen Gesprächs in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle waren die aktuelle Situation in den Bereitschaftspolizeien (BePo) der Länder, Entwicklungen im jüngsten Demonstrationsgeschehen, Fragen der Ausstattung sowie neue Herausforderungen bei künftigen länderübergreifenden Einsätzen und die immense Belastung der BePo-Kolleginnen und -Kollegen.

### Hoher Stellenwert der Bereitschaftspolizei

Lohmann und Malchow betonten gleichsam den hohen Stellenwert der Bereitschaftspolizei im Gesamtgefüge der Polizeien von Bund und Ländern. Einig zeigten sich beide ebenso in dem



Der Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder, Wolfgang Lohmann, und der GdP-Bundesvorsitzende erörtern die Lage der BePo-Einheiten und neue Herausforderungen bei künftigen länderübergreifenden Einsätzen. Foto: Michael Zielasko

Bestreben, die beständig wachsende, professionelle Einsatzbewältigung zu sichern und auszubauen.

Lohmann hatte sein Amt im August 2012 übernommen. Der 56-jährige

Niedersachse folgte auf Jürgen Schubert, der zum Vizepräsidenten im Bundespolizeipräsidium ernannt wurde.

MiZi

## AUS DEN LÄNDERN

### Bremen nutzt Ermessensspielraum

**Es passiert nicht alle Tage, dass es die Gewerkschaft der Polizei auf die Titelseite der „Süddeutschen Zeitung“ (SZ) schafft. Und das, ohne einen Bundeskongress, ohne spannende Personalie, ohne politisch-polizeiliche Lage oder spektakulären Kriminalfall im Rücken. Noch seltener ist, dass sich das bundesweit erscheinende Blatt aus München dann nicht in erster Linie mit dem GdP-Bundesvorsitzenden oder der lokalen bayerischen GdP beschäftigt, sondern mit einem Landesbezirk aus dem weit entfernten Bremen. Die bürgerfreundliche Strategie der polizeilichen Verkehrsüberwachung in der alten Hansestadt rund um den Roland werde von der dortigen GdP unterstützt, vermeldete die „SZ“. Hinter dem vermeintlichen Kuscheilkurs der Stadtstaaten-Polizei steckt aber deutlich mehr: ein handfester Streit mit dem Bremer Senat um die Übertragung des Länder-Tarifabschlusses 2013 auf die Beamtinnen und Beamten.**

Man könne doch über alles reden – Dinge auch mal erklären, statt gleich böse zu werden. Der Fußgänger, der bei Rot über die Ampel geeilt war, habe es bestimmt nicht so gemeint. Der Falschparker im Halteverbot habe sicherlich nur das Schild übersehen. Die Polizei in Bremen fände es jedenfalls an der Zeit, im Straßenverkehr einen „bürgerfreundlichen Sommer“ einzuläuten, erläuterte die Autorin der „Süddeutschen Zeitung“.

Und: Das klinge sehr freundlich, in Wirklichkeit sei es ein Akt der Unfreundlichkeit.



# Malchow verweist auf steigende Einsatzbelastungen der Polizei

**Gewalt gegen Polizeibeamte und die Ausübung des Gewaltmonopols waren nur zwei Themen, über die der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, Mitte Juli in Hannover mit dem niedersächsischen Innenminister Boris Pistorius, der zugleich Vorsitzender der Innenministerkonferenz (IMK) ist, gesprochen hat.**

Malchow sagte bei der rund einstündigen Zusammenkunft im Innenministerium: „Wir stellen uns die Frage, inwieweit selbst erlebte Gewalt künftiges Handeln unserer Kolleginnen und Kollegen der Polizei beeinflusst.“ Aus Sicht der GdP sollten sich die Innenminister und -senatoren auch mit diesem Aspekt befassen. Die aktuelle Diskussion müsse zudem die steigende Einsatzbelastung der Polizei berücksichtigen. Der GdP-Bundesvorsitzende erläuterte: „Wo wir früher mit weniger Einsatzkräften eine Lage lösen konnten, müssen wir heute aufgrund der zunehmenden Aggressivität gegenüber der Polizei mehr Personal aufbieten.“

Einig waren sich die GdP und der Minister, dass es ein gemeinsames Interesse gibt, das aktuell hohe Vertrau-

en der Menschen in die Arbeit der Polizei langfristig und nachhaltig zu erhalten.

## Polizeiliche Nutzung von Daten zu Ermittlungszwecken nötig

Zudem sprachen Pistorius, Malchow und Dietmar Schilff, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender und Niedersachsens Landesvorsitzender, über die Zusammenarbeit der niedersächsischen Fußball-Bundesligavereine mit dem niedersächsischen Innenministerium und der Polizei in Sachen Sicherheit, die nach übereinstimmender Auffassung sehr positiv sei. Darüber hinaus wiesen die Gewerkschafter darauf hin, dass die polizeiliche Nutzung von Daten zu Ermittlungszwecken weiterhin nötig sei und die derzeitige Kritik den ermittlungstechnischen Notwendigkeiten und der tatsächlichen Situation nicht gerecht werde. „Trotz der Vorfälle um



(v.l.) Dietmar Schilff, stellv. GdP-Bundesvorsitzender, Boris Pistorius, Innenminister Niedersachsens, und Oliver Malchow, GdP-Bundesvorsitzender.

Foto: GdP/Christian Hoffmann

die NSA müssen wir über Mindestspeicherfristen von Telekommunikationsdaten emotionsfrei debattieren“, forderte Malchow.

Abschließend wurden die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst und die unterschiedliche Handhabung der Bundesländer bei der Übertragung auf den Beamtenbereich thematisiert.

Christian Hoffmann/wsd

## AUS DEN LÄNDERN

### Bürgerfreundliches Gespräch

In diesem Jahr, so unterrichtete die GdP Bremen Mitte Juni die Presse, werde der Fokus nicht auf eine kostenpflichtige Verwarnung gelegt. Es solle vielmehr mit Aufklärung, Aufzeigen möglicher Konsequenzen und einem bürgerfreundlichen Gespräch eine Verhaltensänderung erzielt werden. Eine kostenpflichtige Ahndung von Verstößen könne sicherlich nicht vollständig unterbleiben, „die Beamten und Beamtinnen hoffen allerdings darauf, dass dies die Ausnahmen sein werden“.

Diese durchaus ungewöhnliche Protestform hat für den Haushalt der

Weserstadt einen nachhaltig unangenehmen Effekt. Laut Zeitung soll Bremen Schätzungen zufolge im März 2011 etwa 50.000 Euro an Verwarnungsgeld eingenommen haben – im April 2013 sei es nicht einmal mehr die Hälfte gewesen. Und der Trend halte an, bestätigte Horst Göbel, Landesbezirksvorsitzender und Vor-Ort-Beobachter des widerspenstigen Treibens, aktuell vor dem Redaktionsschluss dieser Ausgabe. Göbels Stellvertreter Heinfried Keithahn erklärte der „Süddeutschen Zeitung“ unterdessen, der bürgerfreundliche Sommer solle ja keineswegs die Verkehrssicherheit beeinträchtigen. Doch bei kleineren Verstößen, die mit einem Bußgeld bis zu 35 Euro geahndet werden, hätten

Polizistinnen und Polizisten ohnehin einen Ermessensspielraum. Der werde nunmehr ausgenutzt.

### „Gute, pädagogische Idee“

Das sei im Übrigen keine Idee der GdP gewesen, betonte Keithahn, sondern der Kolleginnen und Kollegen selbst. Gewerkschaftlicher Unterstützung könnten sie sich aber sicher sein. „Wir finden das eine gute, pädagogische Idee“, sagte er der „SZ“. Von der gleichen Zeitung befragt, äußerte sich GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow durchaus überzeugt von

Fortsetzung Seite 37



# Jetzt schon an 2014 denken!

GdP-Kalender – übersichtlich und klar strukturiert.  
Der ideale Begleiter durch das ganze Jahr.  
365 Tage im Blick für den Schreibtisch oder das Büro.

Weitere interessante Produkte finden Sie unter:  
[www.osg-werbemittel.de](http://www.osg-werbemittel.de)



## Tisch-Aufstellkalender

Kleiner Tischkalender mit Dreimonatskalendarium, Format 9,5 x 19,3 cm

23-0273

1,80 €

## Viermonatsplaner

12 Monatsblätter mit Vor-, Haupt- und zwei Folgemonaten, Format ca. 29 x 58 cm

23-0270

1,20 €

## Tisch-Querkalender

Mit Wochenübersicht und Tageseinteilung, 106 Seiten Kalendarium, 17 Seiten wissenswerte Angaben, 5 Seiten Anschriftenregister, Format 33 x 9,5 cm plus 3,5 cm Fußleiste

23-0272

2,00 €



Lieferung erfolgt Ende August/  
Anfang September 2013 –  
nur solange der Vorrat reicht.



**Wichtig:** Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten.  
Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung. Lieferung erfolgt auf Rechnung!  
Ihre Bestellung richten Sie bitte an die:

**Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH**

Postfach 309 · 40703 Hilden · Tel.: 0211 7104-168 · Fax: -4165 · [osg.werbemittel@gdp.de](mailto:osg.werbemittel@gdp.de) · [www.osg-werbemittel.de](http://www.osg-werbemittel.de)

## **Fitness für Polizeiberuf von hoher Bedeutung**

**Zu einem ersten Meinungsaustausch trafen Anfang Juni der neue Vorsitzende des Deutschen Polizeisportkuratoriums (DPSK), Polizeidirektor Uwe Kitz (Polizei Sachsen), und der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle zusammen. Thematisiert wurde neben den DPSK-Grundpositionen vor allem die dienstliche Einbindung des Dienstsports. Einmütig zeigten sich Kitz und Malchow über die hohe Bedeutung der sportlichen Fitness im Polizeiberuf. Eine gewichtige Rolle spiele zudem die Erhaltung und Wiedererlangung der Fitness. Daher sei der Gesundheits- und Präventionssport, so DPSK und GdP, ein fundamentaler Baustein des Dienstsports.**

Vorangetrieben werden sollte auch die Entwicklung des betrieblichen Gesundheitsmanagements, worauf sowohl DPSK wie Gewerkschaft der Polizei maßgeblich einwirken wollen. Malchows Vorgänger, Bernhard Witthaut, hatte bereits im

vergangenen Jahr für die GdP den Polizeisport-Faden aufgenommen und dem Online-Magazin des DPSK, der Polizeisport-Depesche, ein ausführliches Interview gegeben (siehe DEUTSCHE POLIZEI, Mai 2013). Der neue GdP-Bundesvorsitzende versprach, die junge Tradition intensiv fortzuführen.

Gern nahm Kitz, der im Januar den Vorsitz des DPSK übernommen hatte, die Einladung des GdP-Bundesvorsitzenden an, anlässlich eines Forums der GdP-Vorsitzenden der Haupt- und Gesamtpersonalräte in der Polizei die Arbeit des Deutschen Polizeisportkuratoriums und dessen Positionen ausführlich zu erläutern. GdP-Mitglied Kitz hatte bereits im Mai 2009

als mit der Leipziger und Dresdner Fußballszene vertrauter Referent und Experte am GdP-Symposium „Fußball und Gewalt“ im Berliner Olympiastadion teilgenommen. **MiZi**



**Traditioneller Sportlergruß: Uwe Kitz, Vorsitzender des Deutschen Polizeisportkuratoriums (DPSK), überreicht GdP-Vorsitzendem Oliver Malchow den offiziellen DPSK-Wimpel.**

**Foto: Michael Zielasko**

## **BEHINDERTENVERTRETUNGEN**

### **Den Menschen und seine Leistungen wieder in den Mittelpunkt stellen**

**Die Leistungen und nicht die Defizite eines Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, ist eine Grundforderung der Teilnehmer der 33. Jahrestagung der Gesamt- und Hauptschwerbehindertenvertretungen der Polizei des Bundes und der Länder Mitte Mai im sächsischen Bad Schandau.**

Landespolizeipräsident Rainer Kann überbrachte zu Beginn Grüße des terminlich verhinderten Innenministers Sachsens, Markus Ulbig, und wünschte dem Treffen viel Erfolg. Kann betonte ausdrücklich die Leistungsfähigkeit der schwerbehinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

der Polizei sowie die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Hauptschwerbehindertenvertretung.

Der Landespolizeipräsident ging ausführlich auf den Umgang mit den aktuellen Änderungen der Polizeidienstverordnung (PDV) 300 (Ärztliche Beurteilung der Polizeidiensttauglichkeit und

der Polizeidienstfähigkeit) ein. Er sagte, auch in Sachsen sei die Umsetzung der PDV 300 eine für die Zukunft sehr große Herausforderung für alle Beteiligten in der Polizei. Der Landespolizeipräsident warb für eine einheitliche Anwendung der PDV 300 in den Bundesländern und bat die anwesenden Vertreter der Länder, sich engagiert dafür einzusetzen.

Das Land Sachsen, so Kann, sei sich seiner Fürsorgepflicht und Verantwortung gegenüber den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durchaus bewusst und favorisiere die vorrangige



# Für die Praxis



## Pressearbeit der Polizei

Leitfaden für die Praxis

Von **Karl Beele** und **Jan Schabacker**.  
3. Auflage 2012,  
192 Seiten,  
DIN A 5, Broschur,  
24,90 € [D],  
ISBN 978-3-8011-0673-7



## Sozialvorschriften im Straßenverkehr

Leitfaden für Ausbildung, Fortbildung und Praxis mit den wichtigsten Gesetzen und Verordnungen

Von **Detlef Salentyn** und **Thomas Andres**.  
8. Auflage 2012, 376 Seiten,  
DIN A 5, Broschur,  
29,90 € [D],  
ISBN 978-3-8011-0677-5



## Vernehmungen

Taktik – Psychologie – Recht

Von **Heiko Artkämper** und **Karsten Schilling**.  
2. Auflage 2012,  
368 Seiten,  
DIN A 5, Broschur,  
19,90 € [D],  
ISBN 978-3-8011-0665-2



## Suizid

Umgang mit gefährdeten Personen

Von **Guido Kolk** und **Jens Walkowiak**.  
1. Auflage 2011,  
144 Seiten,  
DIN A 5, Broschur,  
19,90 € [D],  
ISBN 978-3-8011-0667-6



## Verkehrsstraftaten

Leitfaden für Ausbildung, Fortbildung und Praxis

Von **Bernd Brutscher**.  
8., überarb. und aktual.  
Auflage 2011,  
512 Seiten,  
DIN A 5, Broschur,  
22,90 € [D],  
ISBN 978-3-8011-0666-9



## Großraum- und Schwertransporte

Grundlagen für die polizeiliche Praxis

Von **Thomas Andres** und **Klaus Peter Leg**.  
3. Auflage 2012,  
232 Seiten,  
DIN A 5, Broschur,  
19,90 € [D],  
ISBN 978-3-8011-0676-8



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb**  
Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 0211/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: [vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de](mailto:vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de) • [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

Weiterbeschäftigung polizeidienstunfähiger Kolleginnen und Kollegen auch über das Ressort Polizei hinaus. Nur so könne man den Menschen gerecht werden und gemeinsam mit den Personal- und Interessenvertretungen verträgliche Lösungen finden.

### Geänderte PDV 300 unterschiedlich angewendet

Im Tagungsverlauf wurde deutlich, dass die PDV 300 in der Praxis unterschiedlich angewendet wird. In den Ländern, die sich ihrer Verantwortung und Fürsorgepflicht gegenüber ihren Beschäftigten bewusst sind, wird unverändert jeder Einzelfall geprüft, um eine dauerhafte Beschäftigung „eingeschränkt im Polizeivollzugsdienst“ weiterhin zu ermöglichen. Länder, die nach ihrer jeweiligen Kassenlage oder dem vorgegebenen Stellenabbau handeln, versuchen sich ihrer Verantwortung zu entziehen. Unter Missachtung der Rechtslage werden dort vermehrt Kolleginnen und Kolleginnen polizeidienstunfähig geschrieben – mit dem Ziel der vorzeitigen Zuruhesetzung. Ein rechtlich vorgeschriebener Prüfungsprozess

wird hier zum Teil noch ignoriert. Eine Forderung von dieser Tagung aus an alle Verantwortlichen in der Polizei im Bund und den Ländern war, dass bei der Frage der Weiterverwendung eingeschränkt verwendungsfähiger Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten die jeweilige Haushaltslage keine Rolle spielen darf. Hier müssten alle Länder gleichermaßen ihre Fürsorgepflicht und soziale Verantwortung wahrnehmen. Die Weiterverwendung dieser hochmotivierten Kolleginnen und Kollegen sei aufgrund des hohen Wissenspotenzials und des langjährigen Erfahrungsschatzes nicht mehr wegzudenken. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Arbeitsdichte und dem bereits jetzt schon bestehenden Personalmangel könne auf diese Polizistinnen und Polizisten nicht verzichtet werden.

### Besorgniserregende Entwicklung

Der demografische Wandel, zunehmende Arbeitsbelastung und immer neue Aufgaben bei knapper werdenden Personalressourcen machen auch vor der Polizei nicht halt. Dies könne in den nächsten Jahren zu einer weiteren

Zunahme von gesundheitlichen Einschränkungen und Behinderungen bei Beschäftigten der Polizei führen, hieß es. Es zeige sich zum Teil eine besorgniserregende Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf die dienstrechtlichen Konsequenzen, die sich aus einer dauerhaften Verwendungseinschränkung ergeben könnten.

Dieser Entwicklung müsse noch konsequenter mit fürsorglichen und Vertrauen schaffenden Maßnahmen und nicht mit sozialer Kälte begegnet werden. Gesundheitsmanagement, Präventions- und arbeitsmedizinische Vorsorgemaßnahmen müssten weit vor der beamtenrechtlichen Prüfung der Dienstfähigkeit einsetzen.

Weitere Themen der fünftägigen Tagung waren die Umsetzung der Barrierefreiheit in Polizeigebäuden und barrierefreie IT-Technik. Aber auch die Hinweise von Prof. Dr. Frank Dulisch zu den Wahrnehmungsprozessen im Beurteilungsverfahren gaben den Teilnehmerinnen und Teilnehmern hilfreiche Anregungen für ihre Arbeit. Ein wiederholter Appell von der Tagung aus – den Menschen und seine Leistungen wieder in den Mittelpunkt zu stellen.

Petra Müller

## KRIMISERIEN

# Mit GdP-Stern werden die TV-Tatorte authentisch

**Vom Norden in Kiel und Rostock bis in den Süden über Ludwigshafen nach München und Rosenheim; auf der West-Ost-Achse von Düsseldorf, Köln über Lüneburg, bis Leipzig und Berlin – überall, wo deutsche TV-Krimis spielen, zeigt sich die GdP. In den Büros der „Tatorte“, Sokos, Polizeirufe und auf den Polizeidienststellen sind die Produkte des GdP-Verlages Deutsche Polizeiliteratur zu sehen. Immer nur für Augenblicke fängt die Kamera die fünf silbernen Buchrücken des Polizei-Fach-Handbuches ein oder den GdP-Ferienkalender, den GdP-Dreimonats-Terminer, manchmal sogar die GdP-Fahne, die auch bei Demonstrationen die öffentliche Mitwirkung der Kolleginnen und Kollegen signalisiert.**

Die Requisiteure, die Studio-Ausstattungen und die die Drehorte aussuchenden Location-Scouts wissen, wie man visuell ein wenig Authentizität für TV-Krimifans schaffen kann. Denn die Inhalte der Filme, die Arbeit der Fernsehermittler sind natürlich erdachte, virtuelle Fälle. Wenn sie auch mitunter in ihren Ausgangssituationen auf wirklich Geschehenes zurückgreifen, müssen sie wegen der gedrängten Dramaturgie, der Charaktereigenart der Darsteller und

des Persönlichkeitsschutzes von Tätern und Opfern verfremdet werden. Nur so entsteht die Spannung, die gute Einschaltquoten garantiert. Die mühselige und zeitraubende Kleinarbeit, die jeder reale Fall so mit sich bringt, würde nur Langeweile erzeugen.

Die deutschen Fernsehkrimis zeichnen sich dennoch durch logische und damit nachvollziehbare Ermittlungsschritte aus. Das ist auch eine gewisse Nähe zur Wirklichkeit. Fortbildungsse-

minare für Profis können und wollen sie aber nicht sein. Die dokumentarische Darstellung von Polizeiarbeit ist ein ganz anderes Genre.

### Werbung für die Polizei

Bei allem Schmunzeln der Fachfrau und des Fachmannes über die Drehbuchkonzeption oder über die genialen Einfälle der Darsteller im Fernsehkrimi bleiben als Nebenwirkungen doch positive Aspekte für die Polizei im Bund und Ländern. Zum einen suggerieren die fast immer gelösten Fälle den stetigen Sieg des Guten über das Böse und dass die Polizei sehr erfolgreich bei Delikten gegen das Leben arbeitet. Das entspricht ja auch den Tatsachen. Zum anderen findet bei polizeilichen Insidern eine gewisse Identifikation mit seiner Berufsvertretung statt, wenn er die Embleme der GdP im Fernsehen für Augenblicke wahrnehmen kann.

Dieter Block



## „Alter Hase“ neu im Team

Wolfgang Schönwald verstärkt seit Jahresbeginn das Team der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Berlin.

Der 57-Jährige ist seit Jahrzehnten als Nachrichtenjournalist tätig. Der gebürtige Berliner arbeitete bis 2012 bei der Nachrichtenagentur ddp in Berlin und war stellvertretender Leiter der Redaktion Panorama. Zuvor zeichnete er bei der Nachrichtenagentur ddp als Chef vom Dienst und Fachredakteur



Foto: privat

für polizeiliche und Justiz-Themen verantwortlich.

Wolfgang Schönwald gehört zu den „alten Hasen“ der politischen Journalisten in der Hauptstadt und hat sich den Ruf als verantwortungsvoller und seriöser Beobachter und Kommentator des Zeitgeschehens verdient. Seit über zwei Jahrzehnten ist er der Pressestelle der GdP als zuverlässiger Ansprechpartner und kritischer Begleiter verbunden. **hol**

## KRIMISERIEN

# Wenn Polizisten Polizisten spielen

**Rasant fahrende Polizeifahrzeuge mit durchdringender Blaulichtsirene unterwegs zum Ort des Verbrechens, Polizisten mit Spürhunden zwischen Containern beim Aufstöbern von Rauschgiftverstecken oder Kriminaltechniker bei der Spurensuche nach einem Leichenfund – immer, wenn Krimizeit im Fernsehen oder auf der Kinoleinwand angesagt ist, dann spielt die fast 25.000-Einwohner-Stadt Hohen Neuendorf häufig eine wichtige Nebenrolle. In dem brandenburgischen Ort am nördlichen Berliner Stadtrand stehen sechs Hundertschaften das ganze Jahr über für ihren speziellen Filmeinsatz parat.**

„Bei Anruf schauspielern“, heißt das Motto der ausgebildeten Polizisten. „Bundesweit rund 600 Namen umfasst derzeit unsere Kartei, etwa hundert kommen allein aus Berlin. Haben die Beamtinnen und Beamten dienstfrei, melden sie sich, um entsprechende Filmangebote zu übernehmen. Das geschieht selbstverständlich mit Genehmigung ihrer Arbeitgeber“, sagt Sascha Bieseke.

Der junge Mann, Anfang 30, betreibt gemeinsam mit Maximilian Kraft, dem Geschäftsführer, die „Polizeiagentur“ der Blue White GmbH. Die Macher sorgen dafür, dass in Krimis, Serien oder Spielfilmen, auch in etlichen Werbespots oder Anzeigen alles nicht nur echt polizeilich wirkt, sondern auch wirklich ist, egal ob Darsteller, Autos oder Uniformen.

„Bei den vermittelten Akteuren handelt es sich nicht um Komparsen, die je

nach Wunsch in Filmfiguren schlüpfen, sondern um Polizisten, die in ihrer Freizeit auch vor der Kamera Polizistinnen und Polizisten spielen, in einigen Bundesländern, wo es von den dortigen Polizeibehörden erlaubt wird, sogar in der eigenen Dienstuniform. Vielen macht dabei der etwas ausgefallene Job Spaß“, gibt Bieseke Einblick in seine Vermittlungstätigkeit.

### Seit mehr als vier Jahren im Filmgeschäft

Die Idee kam den Biesekes, Vater Dietmar kann als Polizist auf jahrzehntelange Berufserfahrungen verweisen, als sie mal wieder in einem Film Statisten erlebten, die als Cops unterwegs waren. „Das sah wenig professionell aus, wie die sich bewegten oder die Waffe beim Zugriff hielten“, sagt der



Vater Dietmar Bieseke in der Kleiderkammer.  
Foto: Wolfgang Schönwald

stattliche 56-jährige Senior, Polizeihauptkommissar, der mittlerweile pensioniert ist. Er fügt stolz hinzu: „Bürger in Uniform stellen in der Öffentlichkeit was dar.“



Anfang 2009 war dann die Firma gegründet, wurde aus dem spontanen Einfall Wirklichkeit. Mittlerweile hat sich das Unternehmen aus Hohen Neuendorf als Adresse für buchbare echte Polizisten und vorhandene Polizeiuensilien aller Art im Filmgeschäft einen Namen gemacht, nicht nur deutschlandweit. Auch Filmemacher in Polen, Frankreich, Spanien, der Schweiz oder in den USA griffen auf die kleine Randerliner Agentur bereits zurück.

### Von „Lasko“ bis „Unser Charly“

Mehr als 300 Produktionen nutzten bislang ihre Angebote. Darunter waren etliche ARD-„Tatorte“, die Sat.1-Pseudo-Dokuserie „Familienfälle“, die ZDF-Reihe „Flemming“, die RTL2-Serie „Berlin – Tag & Nacht“ oder die RTL-Actionserie „Lasko – Die Faust Gottes“. Selbst so beliebte, außerhalb des Polizeialltags spielende TV-Dauerbrenner wie „GZSZ – Gute Zeiten, Schlechte Zeiten“ (RTL) und „Unser Charly“ (ZDF) klingelten bei Sascha Bieseke an, wünschten für bestimmte Szenen Unterstützung. Zu den prominentesten



Sohn Sascha Bieseke im Fuhrpark.  
Foto: Wolfgang Schönwald

schäft können sicher sein, dass ihnen geholfen wird. „Es ist alles machbar, und was ich nicht selbst habe, kann ich irgendwie besorgen“, so Sascha Bieseke Leitspruch bei Anfragen. „Und alles, was ich liefere, ist wirklich original.“

40 Autos zum Fuhrpark der Polizeiagentur“, erzählt der Hausherr. So wird gerade ein neuer „Tatort“ in Berlin für das Erste gedreht und die Agentur unterstützt auch eine kanadische Produktion, die derzeit für die Serie „Covert Affairs“ in Wien filmt. „Unsere Autos werden übrigens nur von echten Polizisten gefahren, die in der Kartei stehen, das ist klar“, erklärt Sascha Bieseke, der nach eigenem Bekunden selbst kein Fan von Kriminalfilmen ist. „Ich schaue eigentlich fast nie TV“, meint er.

„Aber auch Hubschrauber und Polizeiboote sind bei Bedarf vermietbar, ebenso ein Gefangenentransporter“, ergänzt er. Für diesen Wagen müssten Filmteams jedoch die höchste Ausleihgebühr bezahlen, so der groß gewachsene junge Mann, der in seinem „ersten Leben“ als Sachbearbeiter im hauptstädtischen Bundesjustizministerium tätig war. Über Geld will er eigentlich nicht sprechen. Ihm ist lediglich zu entlocken, dass für „ein gemietetes Polizeiauto pro Drehtag ein dreistelliger Euro-Betrag auf den Tisch gelegt werden muss“.



Berlin: Die „Kommissare“ Ritter (Dominic Raacke) und Stark (Boris Aljinovic) im Kreise echter Polizisten-Statisten.

Foto: Fenschl

Kunden zählte wohl der polnisch-französische Filmregisseur, Drehbuchautor und Schauspieler Roman Polanski, der eine Bestellung aufgab.

### „Es ist alles machbar“

Die vielen Kunden aus dem Filmge-

So stehen, etwas versteckt, auf dem zweiten Hinterhof des weitläufigen Geländes mehr als ein Dutzend Funkwagen in mehreren landestypischen Lackierungen, die fahrbereit sind, ob Mercedes oder Opel, im Innern immer original polizeilich ausgestattet. „Der größere Teil der Fahrzeuge ist derzeit im Einsatz, insgesamt gehören rund

### Auch Schrottfahrzeuge lieferbar

Wenn es im Film mal richtig zur Sache geht, ist statt des „frisch lackierten“ Autos eher ein Schrottfahrzeug gefragt. „Selbstverständlich lieferbar“, meint Sascha Bieseke sofort. „Wenn im Drehbuch steht, dass ein Klavier aus zehn



Metern Höhe auf den Wagen fallen muss, bleibt schließlich ja nicht viel von der Karosse übrig.“

Da Polizistinnen und Polizisten aber nicht nur im Auto und in Uniform ihren Dienst versehen, sind in der vollen Kleiderkammer in der ersten Etage der Polizeiaгентur Mützen, Schuhe oder Socken vorhanden, ebenso Handschellen oder Schlagstöcke. „Hier hängen viele Hundert Jacken, Hosen und Hemden – nach Bundesland sortiert, beispielsweise aus Brandenburg, Sachsen-Anhalt oder Sachsen, und in vielen Größen bis XXXXL“, weiß Sascha Bieseke. „Nur die Waffen sind nicht echt, sondern Dummys, es wird ja nur gespielt.“ Das auf der Homepage abgebildete, „lieferbare“ Spezialeinsatzkommando (SEK) hingegen sei echt, versichert er, alle Polizisten hätten zum Teil langjährige, dienstliche Erfahrungen in diesem Bereich vorzuweisen.

### Fernsehen kennt keine Öffnungszeiten

Ausgewiesene Kenntnisse sind ebenso am Set gefragt, beim Drehen der Szenen. „Es handelt sich bei den Filmen zwar um fiktive Unterhaltung, jedoch sollen die Abläufe insgesamt schon mit dem wahren Leben übereinstimmen. Deshalb wird bei Krimis oft polizeiliche Beratung gewünscht“, erläutert Dietmar Bieseke, Polizeihauptkommissar in Ruhestand, seinen gelegentlichen Nebenjob. „Da wird den Buchautoren und auch Schauspielern vor Drehbeginn erklärt, welche Handlungen realistisch sind und was eigentlich absolut nicht

geht. Selbstverständlich gibt es auch künstlerische Freiheiten. Wenn es dann in die Story passt und ausdrücklich gewünscht wird, schauen wir mit einem Schmunzeln darüber hinweg.“

Es werden Szenen gedreht, die wirken so authentisch, dass schon mal die Bundespolizei vorbeischaut und nachfragt, was los ist, wenn ein Obdachloser an einem Bahnhof von „schauspielernden Kollegen“ festgenommen wird oder ein Banküberfall inszeniert wird und Anwohner gleich die 110 wählen. Diese Geschichten kommen immer wieder vor, wie Sascha Bieseke berichtet, obwohl stets das gelbe Schild „Achtung – TV Dreharbeiten“ mitgeführt und sichtbar aufgestellt wird.

Trotz aller Vorbereitungen läuft im Filmgeschäft nicht immer alles glatt. Pannen bekommt Sascha Bieseke sofort zu spüren. Da werden notwendige polizeiliche Utensilien für den falschen Drehtag geordert, Drehtage kurzfristig aus den verschiedensten Gründen getauscht oder unsere Polizisten einfach falsch gebucht. „Kurzerhand, beim Fernsehen ist eigentlich nichts logisch, es gibt auch keine Öffnungszeiten, manchmal muss ganz schnell reagiert werden“, weiß der Dienstleister.

### Frauen werden gesucht

Trotz vieler Erfolge drückt der Schuh. „Junge Männer werden gebraucht und vor allem Frauen“, startet Sascha Bieseke gleich einen Aufruf. „Wir suchen keine Schönheiten, sondern die ganz normalen Polizistinnen und Polizisten,

die im Alltag auf der Straße anzutreffen sind“, bestärkt er mögliche Kandidatinnen und Kandidaten, ihre Scheu abzulegen und sich einfach zu melden ([www.polizeiaгентur.de](http://www.polizeiaгентur.de)). So kam schon mal die Anfrage von einer Filmcrew herein, „wir benötigen zwei Dicke“. Insbesondere in der Urlaubszeit entsteht mitunter ein Engpass beim Personal, muss beispielsweise ein Bayer schnell in Berlin einspringen.

Neben dem Blick hinter die Kulissen von Filmarbeiten und dem späteren eigenen Wiedersehen auf dem Bildschirm oder der Leinwand lockt ein bisschen Taschengeld. „Für einen 8,5 Stunden-Drehtag, egal wie lange man im Einsatz ist, gibt es 105 Euro netto plus Verpflegung“, verrät der Vermittler der Aufträge. „Wenn die Rollen größer sind und auch Text zu sprechen ist, gibt es entsprechend etwas mehr Geld: noch nicht die große Filmkarriere. Und wenn die eingesetzten Statisten oder Kleindarsteller ein wenig Glück haben, können sie ganz nebenbei die Kommissare oder Serienhelden aus dem Fernsehen oder dem Kino noch hautnah bei der Arbeit erleben.“

Doch aus den schauspielernden Polizisten kann schnell der Beamte im Dienst werden. „Wenn sie in der unmittelbaren Umgebung des Drehorts eine Straftat beobachten oder angesprochen werden, zu helfen, dann sind sie selbstverständlich verpflichtet, einzugreifen“, erläutert Vater Bieseke die kleine Besonderheit für die „echten“ Komparsen, wenn sie vor der Kamera stehen. Es ist eben alles echt.

**Wolfgang Schönwald**

## Reise & Erholung



**wasser-craft**  
rafting canyoning austria

**Sommer Abenteuer bei uns**

**TOP ANGEBOT**  
Canyoning & Raftingtour,  
1x grillen am Lagerfeuer und  
2 ÜF / Pension DU-WC  
Preis pro Person ab € **157,-**

office@rafting-oetztal.at  
www.rafting-oetztal.at  
Telefon: 0043 5252 6721

**TIROL: „Bergsommer“  
– Silvretta region – Paznaunal**

Romantisch, traumhaft gelegenes, sehr gepflegtes 3-Sterne-Haus in einem der schönsten Täler Tirols. Komfortzimmer, moderne u. gemütliche Apartments, Liegewiese, Terrasse, Kinderspielplatz, beheizter Swimmingpool, Internet, Tagesbar, Tischtennis, Tischfußball usw.; wunderschöner Wellness- u. Fitnessbereich. Superwanderhotel in schönster Traumlage. Geführte Wanderungen d. d. Chef (Bergführer); Wander- u. Mountainbikeparadies.

**Superpauschalwoche „Bergsommerwoche 2013“ inkl. Frühstücksbuffet oder HP u. tolles Aktivprogramm!**

**Neu: Badesee u. Freizeitanlage u. „SILVRETTA-CARD INCLUSIVE“.**  
**STARK ERMÄSSIGTE KOLLEGENPREISE!**

Info: Hotel Garni BERGWELT, A-6553 See 19  
Tel.: 00 43-54 41-83 97, Fax: -8397-19  
E-Mail: info@bergwelt-see.at,  
Homepage: www.bergwelt-see.at

**THAILAND [www.royalsiamgolf.de](http://www.royalsiamgolf.de)  
(Ermäßigungen für Polizei u. a.)**

**Ostseebad Göhren – Rügen**  
gemittl. FeWo's, für 2-4 Pers. 35-55 €T. – 038308 25215 -  
kathrin.koos@web.de - [www.ferienwohnung-inselruegen.de](http://www.ferienwohnung-inselruegen.de)

**Günstige Berghütte direkt am Lift ab  
65 €/Tag, bis zu 12 Personen.  
[www.sinntalhueette-zillertal.de](http://www.sinntalhueette-zillertal.de)**

**Bayerischer Wald, komf. FeWo\*\*\*\* v. Kollegen  
ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 93485 Rimbach, Tel./Fax:  
0 99 41/7118, [www.ferienwohnung-gammer.de](http://www.ferienwohnung-gammer.de)**

**Nordfriesland (dän. Grenze), Nähe Sylt, 3\*  
NR-FeWo., 2-4 Pers., ab 37,- €, 0 46 63/71 96,  
[www.nordfriesland-fewo.de](http://www.nordfriesland-fewo.de)**

**Fehmarn/Ostsee**  
2-Raum-FeWo. für 4 Pers.,  
am Südstrand,  
50 m z. Promenade, Kabel-TV  
Preise gem. Saison  
**Telefon: 040/6784581  
[www.fehmarn4family.de](http://www.fehmarn4family.de)**

**Nordseeküste bei Büsum / St. Peter-Ording**  
Gemütl., ruhige FeWo, gr. Terr., Spielwiese  
[www.ferienwohnungen-deharde.de](http://www.ferienwohnungen-deharde.de), 0 48 37/3 30

**Franken b. Bamberg, eig. Metzgerei,  
Menüwahl, Wald u. Berge, Lift, 75 Betten, DU/  
WC-TV, HP 5 Tage ab 145,- €. Tel. 0 95 35/  
2 41, [zur-sonne-urlaub.de](http://zur-sonne-urlaub.de)/Prospekt anford.**



# GdP unterstützt die Polizeigeschichtliche Sammlung der DHPol

**80 Bände – Zeitschriften, Polizeikalender und Gesetzblätter von 1801 bis 1945 – hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) aus ihrer Dokumentationsstelle an die Polizeigeschichtliche Sammlung der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) übergeben. Darunter seien Titel, so die GdP-Bibliothekarin Petra Kühl, die derzeit in Deutschland in keiner anderen Bibliothek nachgewiesen werden, wie die „Westdeutsche Polizeibeamten-Zeitung“ aus dem Jahre 1932 (hrsg. von einer Vorläuferorganisation der GdP, dem Verband Preußischer Polizeibeamten, auch als Schrader-Verband bezeichnet).**

### Lücken geschlossen

Neben der Bibliothek gehört die Dauerausstellung „100 Jahre Bildungsarbeit in der Polizei“ mit einer Darstellung der Bildungsgeschichte in der Polizei von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart zur Polizeigeschichtlichen Sammlung. Deren Leiterin Doris Kock zeigte sich hocheifrig über das Angebot des GdP-Bundesvorstandes, mit einer Schenkung von historischen Büchern die Arbeit der Sammlung zu unterstützen. Bestandslücken, die dort teilweise schon seit vielen Jahren – be-



Arnold Plickert, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender und im geschäftsführenden Bundesvorstand für die DHPol zuständig: „Damit setzt die GdP den Weg fort, die Aufarbeitung der Polizeigeschichte zu unterstützen und sich ihrer eigenen Geschichte zu stellen, wie sie es bereits durch ihre Beteiligung im DGB-Projekt ‚Zerschlagung der Gewerkschaften 1933 – Zerstörte Vielfalt‘ getan hat.“ (Mehr zur GdP-Historie auf [www.gdp.de](http://www.gdp.de) sowie in der DP-Mai-Ausgabe 2013).

Die Polizeigeschichtliche Sammlung ist der Hochschulbibliothek der DHPol angegliedert. Die Bibliothek der Polizeigeschichtlichen Sammlung umfasst

**In der GdP-Dokustelle: (v. l.) Arnold Plickert, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender; Doris Kock, Leiterin der Polizeigeschichtlichen Sammlung bei der DHPol, Jenny Zier und Petra Kühl aus der Dokumentationsstelle der GdP und Markus Hans, GdP-Kreisgruppenvorsitzender an der DHPol in Münster-Hiltrup. Foto: Rüdiger Holecek**

mehr als 12.000 Veröffentlichungen über die Organisationsentwicklung der deutschen Polizei, Polizeirecht, Kriminalistik und Kriminologie.

Die ältesten Bücher stammen aus dem 16. Jahrhundert. Die Bestände sind im Onlinekatalog der Bibliothek recherchierbar. Dadurch ist diese zu einer wichtigen Anlaufstelle für die wissenschaftliche Forschung in diesem Sachgebiet geworden.

stehen, könnten nun mit Hilfe der GdP geschlossen werden, sagte sie. Mit der Übergabe dieser Bestände werden historische Quellen nicht nur über den Onlinekatalog der DHPol auffindbar gemacht, sondern Historiker finden in der Polizeigeschichtlichen Sammlung und ihrer Leiterin auch eine kompetente Anlaufstelle für ihre Forschungen.

**Petra Kühl**



# Polizeigewerkschafter als Opfer des NS-Terrors

**Der Verband Preußischer Polizeibeamten e.V. ist ein Vorläufer der heutigen Gewerkschaft der Polizei (GdP). 80 Jahre nach der Machtübernahme durch Adolf Hitler und die NSDAP und des damit begonnenen Terrors soll an drei verfolgte Mitglieder dieser am 1. Dezember 1933 offiziell aufgelösten Gewerkschaft erinnert werden – den langjährigen Vorsitzenden Ernst Schrader, den Geschäftsführer Emil Winkler und den für den Schutz der Bannmeile um den Reichstag verantwortlichen Polizeimajor Karl Heinrich. Mit diesem Thema befasst sich auch die seit 19. Juli in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin zu sehende Wanderausstellung „Warum schweigt die Welt?!“ – Häftlinge im Berliner Columbia-Haus, unter ihnen die Gewerkschafter Winkler und Heinrich. Die Schau dokumentiert das dort eingerichtete Gestapo-Gefängnis und Konzentrationslager als zentrales Instrument der frühen politischen Verfolgung in Berlin. Dort wurde vom Sommer 1933 bis November 1936 Terror gegen Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Juden, Geistliche, Andersdenkende und Homosexuelle ausgeübt. Anhand ausgewählter Biografien ermöglicht die Ausstellung einen individuellen Zugang zu den Schicksalen der Verfolgten.**

Nach langwierigen Auseinandersetzungen entsteht 1919 der Verband der Polizeibeamten Preußens e.V. und

1923 der Verband Preußischer Polizeibeamten e.V. Diese Gewerkschaft wird wegen der herausragenden Bedeu-

tung seines langjährigen Vorsitzenden als „Schrader-Verband“ bezeichnet. Schrader und Winkler sind die herausragenden Funktionäre, die gemeinsam den Weg zur Gewerkschaft auf nationaler Ebene in die Reichsgewerkschaft Deutscher Polizeibeamten und die Integration der Polizeibeamten in den Deutschen Beamtenbund gestalten. Nach der 1927 erfolgten Gründung der Reichsarbeitsgemeinschaft Deutscher Polizeiverbände (RAG) wird Schrader Vorsitzender und Winkler 1928 zunächst ständiger Sekretär und 1930 Geschäftsführer der RAG. Diese organisierte im Mai 1931 schon 17.125 Mitglieder. Im Jahr darauf wurde die Reichsarbeitsgemeinschaft in Reichsgewerkschaft Deutscher Polizeibeamten umbenannt und zur Einheitsgewerkschaft.

Diese nationale Polizeigewerkschaft tritt der 1927 in Luxemburg gegründeten Fédération Internationale des Fonctionnaires de Police bei, deren Präsident wird Ernst Schrader und Emil Winkler kurz darauf zunächst kommissarisch Sekretär der Internationale. Das Sekretariat zieht von Amsterdam nach Berlin um, wo sich in der Schöneberger

## Kapitalmarkt

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

**0800 - 1000 500**

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 35 Jahren.

**Beamtendarlehen erneute Zinssenkung Mai 2013**

**4,50%** effektiver Jahreszins\*  
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

**AK FINANZ**

Kapitalvermittlungs-GmbH  
ES - 11 Planken  
68159 Mannheim  
Fax: (0621) 178189-25  
Info@AK-Finanz.de

**www.AK-Finanz.de**

**\*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.**

Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 4,4%, Lzf. 7 Jahre, mtl. Rate 555 € effektiver Jahreszins 4,50%, Bruttobetrag 46.620 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten- oder Restschuldsversicherung.

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

# www.kredite-fuer-beamte.de

oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

**Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite**

Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.

Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:

**IFS Hans-Joachim Janke**  
Königswall 1 • 44137 Dortmund  
www.ifs-janke.de • Tel. 02 31/9 14 51 45

**BARGELD** noch HEUTE!  
Tel. 02 01/22 13 48

Seit 1980 vermittelt PECUNIA GmbH Kredite von 1000–100 000 €.

- Laufzeit bis 240 Monate
- ohne Auskunft bis 10 000 €

45127 Essen · Glänsemarkt 21  
www.pecunia-essen.de

**Caritas international**  
www.caritas-international.de  
Spenderkonto 202 753  
Postbank Karlsruhe, BLZ 680 980 75

**Diakonie Katastrophenhilfe**  
www.diakonie-katastrophenhilfe.de  
Spenderkonto 502 707  
Postbank Stuttgart, BLZ 600 200 70

**Diakonie Katastrophenhilfe**

www.diakonie-katastrophenhilfe.de  
Spenderkonto 502 707  
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!

**www.1a-Beamtenkredite.de**

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

**0800-040 40 41**

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung  
Andreas Wendholt  
Pralat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weseko

Lützowstraße 73 schon das Sekretariat der nationalen Polizeigewerkschaft befindet.

In der Zeit der Weimarer Republik gerät der demokratische Verband Preußischer Polizeibeamten, der 1930 insgesamt 71.025 Mitglieder hat und rund 80 Prozent des Personals der preußischen Polizei organisiert, zunehmend in den Fokus der NSDAP, die ihn als gegnerische Organisation angesehen hat. 1932 sollte die inzwischen auf 83.620 Mitglieder angewachsene Gewerkschaft nach dem Willen der Preußischen Landtagsfraktion der NSDAP aufgelöst werden. In einem Antrag fordert sie am 3. Juni 1932: „Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht, im Bereich des Freistaates Preußen aus Gründen der politischen Sauberkeit und Moral den so genannten Schrader-Verband der Polizeibeamten sofort aufzulösen. Das Vermögen des Verbandes ist zugunsten der Kriegerhinterbliebenenfürsorge sicherzustellen.“

Tatsächlich endet mit dem „Preußenschlag“ genannten Staatsstreich der Reichsregierung gegen die sozialdemokratische Regierung am 20. Juli 1932 die demokratische Entwicklung der Weimarer Republik. Schrader hat bereits einen Monat zuvor aus gesundheitlichen Gründen einen Erholungsurlaub angetreten und verzichtet im September endgültig auf den Vorsitz des Verbandes. Der Schrader-Verband mit rund 84.000 Mitgliedern wird am 1. Dezember 1933 offiziell aufgelöst.

Schon drei Monate zuvor sind Schrader, Winkler und weitere Funktionäre der Polizeigewerkschaft aus ihren Wohnungen verschleppt worden. Schrader wird in „Schutzhaft“ genommen und in das Konzentrationslager Oranienburg verschleppt. Trotz schwerer Krankheit muss er bis Dezember 1933 im KZ bleiben, am 13. Juli 1936 stirbt er in Berlin an den Folgen seines langjährigen Krebsleidens.

### Emil Winkler

Der am 17. September 1933 ermordete Polizeigewerkschafter stammt aus Peilau im niederschlesischen Reichenbach, wo er am 7. Mai 1882 geboren ist. Im ersten Weltkrieg wird er als Soldat verwundet und nach zahlreichen Lazarettaufenthalten im August 1915 wieder zum Heeresdienst entlassen. Wie viele ehemalige Soldaten gehört er nach Kriegsende der Sicherheitspolizei an. Deren Angehörige haben sich im

Wirtschaftsverband der Sicherheitspolizei Preußens zusammenschlossen, aus der 1920 durch Verschmelzung mit anderen Teilen der Polizei eine neue Schutzpolizei hervorgegangen ist. Nach der Fusion des Wirtschaftsverbandes mit dem Verband Preußischer Polizeibeamter gehörte er als Polizeihauptmeister auch dem Vorstand an. Bis zu seiner Ermordung ist Winkler zugleich Sekretär des Verbandes Preußischer Polizeibeamter, Geschäftsführer der Reichsgewerkschaft und Sekretär der Fédération Internationale des Fonctionnaires de Police. Er soll auch Mitglied und Funktionär der SPD gewesen sein.

Am 1. April 1933 tritt Winkler in die NSDAP ein und erhält die Mitgliedsnummer 1.773.648. Nach seinem Tod wird seine Mitgliedschaft bei der NSDAP-Reichsleitung gestrichen. Der am 1. September 1933 aus seiner Wohnung verschleppte Winkler kommt in das Gefängnis der Geheimen Staatspolizei in die Prinz-Albrecht-Straße und dann in das Columbia-Haus. Von dort wird er in schwer verletztem Zustand in das Konzentrationslager Oranienburg gebracht. Am Morgen des 17. September wird er in den Gefangenentrakt des Staatskrankenhauses der Polizei in der Scharnhorststraße 13 in Mitte verlegt, wo er an den Folgen der erlittenen Verletzungen gestorben ist. Die Leiche wird am 2. Oktober 1933 eingäschert und die Urne am nächsten Tag auf dem Friedhof in der Gottlieb-Dunkel-Straße in Tempelhof beigesetzt.

Den Recherchen von Klaus Hübner, Polizeipräsident in Berlin a.D., ist es zu verdanken, dass das Wirken Winklers nicht vergessen wurde.

### Karl Heinrich

Der 1890 in München geborene Polizeimajor Karl Heinrich ist seit 1919 Mitglied der SPD und ab etwa 1925



Dr. Kurt Schilde (l.) und Johannes Tuchel beim Aufbau der Ausstellungsexponate.  
Foto: Wolfgang Schönwald

im „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ aktiv. Er ist seit 1929 als Kommandeur für den Schutz der Bannmeile um den



Karl Heinrich als Kommandeur der Berliner Schutzpolizei im Sommer 1945.

Foto: Ausstellung

Reichstag und das kompromisslose Vorgehen der Polizei gegen Demonstrationen von KPD und NSDAP verantwortlich. Mit dem „Preußenschlag“ am 20. Juli 1932 wird er vom Dienst beurlaubt und zum 1. März 1933 pensioniert.

Nach dem Verbot des Reichsbanners



im Frühjahr 1933 wird Heinrich von der SA verschleppt und misshandelt. Nach seiner Freilassung ist er daran beteiligt, den Widerstand des Reichsbanners in Berlin zu organisieren. Am 27. September 1935 wird Heinrich festgenommen, in das Geheime Staatspolizeiamt gebracht, verhört und im Columbia-Haus inhaftiert. Am 18. Oktober kommt er in eine Untersuchungshaftanstalt und nach der Verurteilung durch den „Volksgerichtshof“ im Februar 1937 ins Zuchthaus und in verschiedene Straflager. 1942 wird er wegen Haftunfähigkeit entlassen.

Nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft ist Heinrich ab 18. Mai 1945 Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, wird jedoch am 2. August von der sowjetischen Geheimpolizei NKWD verhaftet. Er stirbt am 3. November 1945 in einem sowjetischen Internierungslager in Hohenschönhausen an Herzversagen.

**„Es stehen hier zwei Weltanschauungen gegenüber ...“**

In der Sonderausstellung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand wird eine Aussage aus der Verteidigungsrede Heinrichs vor dem „Volksgerichtshof“ wiedergegeben, die seine Haltung verdeutlicht: „Es stehen hier zwei Weltanschauungen gegenüber, die eine, die nationalsozialistische, die meint, dass jede freiheitliche Regung mit Gewalt unterdrückt werden müsste, die andere, die demokratische Weltanschauung, die den Standpunkt vertritt, dass sich geistige Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten auf friedlichem Wege und tolerante Art lösen lassen. Wenn wir 1933 noch ein halbes Jahr länger Zeit gehabt hätten, dann stände ich jetzt nicht hier als Angeklagter, und Hitler wäre den Weg gegangen, den wir ihm zugewiesen hätten.“

Zur Ausstellung „Warum schweigt die Welt?“ ist ein von Karoline Georg, Kurt Schilde und Johannes Tüchel stammender Katalog erschienen, der in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin erhältlich ist.

**Dr. Kurt Schilde**



**Mehr zur Geschichte der GdP und der Gewerkschaften unter der Nazi-Diktatur**

# Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege im Fokus

**Steffen Loth, Vater einer kleinen Tochter und Kollege, der sowohl eigene Erfahrungen mit Elternzeit wie auch Arbeit in Teilzeit hat, brachte es auf der gemeinsamen Fachtagung der GdP-Gleichstellungsbeauftragten und Hauptpersonalräte auf den Punkt: „Wenn Kollegen und Vorgesetzte selber Kinder haben, ist mit Akzeptanz und Unterstützung in Sachen Teilzeit von Männern auf Grund von Kinderbetreuung zu rechnen, bei allen anderen reicht die Spanne von professionellem Umgang bis zu offener Ablehnung.“ Auch wenn die Führung der Polizei Rheinland-Pfalz insgesamt der Vereinbarkeitsfrage positiv gegenüber steht und wie bei seiner Frau Steffi Loth auch die Wahrnehmung einer Führungsfunktion in Teilzeit ohne größere Probleme möglich ist, so ist es noch immer eine berufliche und private Herausforderung, wenn sich Eltern, die beide bei der Polizei sind, die Familienaufgaben teilen und damit vom Standardfamilienmodell: Mutter in Teilzeit, Vater Vollzeit, abweichen.**

Auf der GdP-Fachtagung „Vereinbarkeit Beruf, Familie und Pflege“ trafen sich Anfang Juni in Hannover über 60 Gleichstellungsbeauftragte und Hauptpersonalräte, um das Thema in Theorie und Praxis zu beleuchten. Den theoretischen Überbau lieferten Dr. Christina Stockfisch und Frank Meissner vom DGB-Projekt „Vereinbarkeit Beruf und Familie gestalten“ mit ihren Vorträgen zur aktuellen Projektarbeit, wie auch zu lebenslauforientierten Arbeitszeiten.

Wie Vereinbarkeitsfragen in der Polizei in Bremen gelöst werden, stellte Gerd Rippe sehr dezidiert in seinem Vortrag dar: Die Polizei in Bremen ist durch die Hertie-Stiftung auditiert und leistet sich ein Koordinierungsteam, bestehend aus zwei Personen, die speziell für Fragen der Vereinbarkeit im Zusammenhang mit der Arbeit bei der Polizei in Bremen zur Verfügung stehen. Die Polizei Bremen hat im Rahmen des Audits mehrere Aufgabenfelder identifiziert, die dazu beitragen, die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege zu verbessern, aber auch die Ressource Personal besser zu nutzen.

Diese sind im Einzelnen:

- Dienstvereinbarung zur Arbeitszeit
- Reduzierung von Ausfallzeiten
- Alternierende Telearbeit
- Altersgerechte Personalentwicklung
- Pflegemanagement in Kooperation mit Pflegestützpunkten
- Betreuung abwesender Mitarbeiter/innen

- Netzwerkpflege
- Führungskräfte sensibilisierung und Qualifizierung

Sigrid Holschen, ehemalige Gleichstellungsbeauftragte in Bremen, stellte das Projekt „Ersthelfer in Notfällen“ vor. Ziel des Projekts ist es, bei plötzlich auftretenden Pflegefällen eine/einen Ersthelfer/in für den „Erstangriff“ zur Verfügung zu stellen. Der Ersthelfer analysiert mit den Angehörigen die Situation und gibt Ratschläge, wie die Notfallsituation in den Griff zu bekommen ist. Regelmäßig wird dabei mit den Pflegestützpunkten in Kontakt getreten, es gibt aber auch Unterstützung bei Beihilfefragen oder juristischen Fragestellungen. Die Notfallhelfer sind Tag und Nacht erreichbar, für ihren Einsatz geschult und erhalten als aktive Kolleginnen und Kollegen am Einsatztag frei; beziehungsweise Rentnerinnen und Rentner (Pensionäre) erhalten eine Kostenpauschale von 50 Euro, die die Polizei Bremen bezahlt, sollte jemand aus dem aktiven Dienst betroffen sein.

**Konkrete Vorschläge**

Praktische Beispiele zur Lösung der Problemstellung kamen aber nicht nur von der Polizei in Bremen, sondern ebenso aus der Kreispolizeibehörde in Paderborn. Hier stellten Gleichstellungsbeauftragte Stefanie Lange und Personaldezernent Jörg Wegge die Maßnahmen ihrer Behörde zur Ver-





Gleichstellungsbeauftragte und Hauptpersonalräte forderten mehr Akzeptanz für die Vereinbarkeit.

Foto: Annette Terweide

besserung der Vereinbarkeit vor. Die Kreispolizeibehörde wurde im Rahmen des DGB-Projekts „Vereinbarkeit Beruf und Familie gestalten“ beraten. Als Tätigkeitsfelder wurden vorgestellt:

- flexible Arbeitszeiten durch Einführung von Rotationsstellen
- Betreuung und Bindung von Mitarbeitern/innen
- Wiedereingliederung nach längerer Abwesenheit
- Beratungsangebote hinsichtlich Pflege und Kinderbetreuung
- Zugang zu Führungsfunktionen in Teil- und Vollzeit

Auch die von Martina Filla vorgestellte Broschüre des Bundesfrauenvorstandes zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie enthält eine Vielzahl guter Praxisbeispiele, die Anregungen für Problemlösungsansätze in den Dienststellen geben sollen. Diese GdP-Broschüre kann über die Landes- und Bezirksgeschäftsstellen bezogen werden.

### Vernetzung von Gleichstellungsbeauftragten und Personalräten

Die Referenten schafften es nicht nur bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern das Problembewusstsein für diese Problematik zu schärfen, sondern es wurden auch ganz konkrete Lösungsansätze und Konzepte vorgestellt. Ein Ziel war unter anderem auch die Vernetzung von Gleichstellungsbeauftragten und Personalräte, die durch diese gemeinsame Fachtagung

vorangetrieben werden sollte. Dass das Thema einen hohen Stellenwert in der GdP einnimmt, bewies zudem die Anwesenheit von Arnold Plickert, stellvertretender GdP-Bundvorsitzender betonte, Amtskollege Dietmar Schilff und Elke Gündner-Ede, zuständiges GBV-Mitglied für Frauen und Gleichstellungspolitik.

### Kein reines Frauenthema mehr

Die abschließende Podiumsdiskussion wurde souverän von Carmen Tietjen, DGB-NRW, und Frank Meisner, DGB-Projekt, moderiert. Tietjen betonte, dass sie die Thematik der Vereinbarkeit schon seit 1979 begleite. Damals sei es ein reines Frauenthema gewesen, dass jedoch mit einer zunehmend sehr gut ausgebildeten Frauengeneration und dem Anspruch der Väter, mehr Zeit mit der Familie zu verbringen, mehr und mehr in den Fokus der Behörden- und Unternehmensleitung gerückt sei. Die Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmer stellten fest, dass es innerhalb der Behörden einen Strauß individueller Lösungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Pflege gibt. Teilzeit sei – je nach Aufgabengebiet – grundsätzlich kein Problem mehr in den Behörden.

Elisabeth Schulte, ehemalige NRW-Gleichstellungsbeauftragte, kritisierte jedoch, dass Teilzeit gleichzeitig das Karriereende bedeute. Das konnten auch die Podiumsteilnehmer Steffi und Steffen Loth bestätigen. Bei den Vorgesetzten und der Behördenleitung sei

sehr wohl bekannt, dass teilzeitbeschäftigte Kollegen/innen gute Leistungen erbringen, jedoch auf der Karriereleiter stehen bleiben.

GdP-GBV-Mitglied Elke Gündner-Ede, forderte, dass die Bewertungskriterien bei den Beurteilungen und den Beurteilenden verändert werden müssten. Bei fast 40.000 weiblichen Mitgliedern in der GdP und vielen männlichen Kollegen, die teilzeitbeschäftigt sind, müsse das Tempo der Veränderungen forciert werden.

Arnold Plickert, stellvertretender GdP-Chef und Vorsitzender des NRW-Landesbezirks, betonte, dass die Polizeiführung die demografische Entwicklung der nächsten Jahre nicht aus dem Auge verlieren dürfe. Indes habe er den Eindruck, dass in den von Polizeipräsidentinnen geführten Polizeipräsidiien Frauen insofern gute Möglichkeiten hätten, in Führungsfunktionen aufzusteigen, da genauer hingesehen und womöglich gleichwertiger beurteilt werde.

Als Fazit und Signal bekräftigten die Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmer, dass die Akzeptanz für die Vereinbarkeit gestärkt werden muss.

Zum Schluss rief Martin Schilff, Vorstandsmitglied des GdP-Bezirks Bundespolizei, dazu auf, den Opfern der Flutkatastrophe zu helfen. Der DGB hatte ein Spendenkonto „DGB-Gewerkschaften helfen“ eingerichtet. Bewegt von der verzweifelten Situation vieler Flutopfer wurden innerhalb weniger Minuten 460 Euro gesammelt und auf das DGB-Konto überwiesen.

Dagmar Hölzl



# Projekt der Frauengruppe positiv abgeschlossen

**Das Mentoring-Projekt ist zu Ende. Mitte Juni kamen die Tandems zum Abschlussworkshop in der Bundesgeschäftsstelle in Hilden zusammen, um Resümee zu ziehen. Wurden meine Erwartungen erfüllt und was kann oder sollte verbessert werden, was hat mich gestärkt, wo hätte ich mir mehr Unterstützung gewünscht? Diese kritischen Fragen wurden in getrennten Arbeitsgruppen der Mentorinnen, Mentoren und der Mentees aufgearbeitet. Die Mentees hoben besonders die sehr vertrauensvolle Zusammenarbeit und das ehrliche Feedback ihrer Mentoren hervor. Ebenso wurde die Unterstützung durch Vorgesetzte, das Interesse an dem Projekt und das Vertrauen, dass in die Mentees gesteckt wurde, als Stärkung empfunden.**

Das bisher einmalige Projekt der Frauengruppe wurde von allen Beteiligten als sehr positiv gewertet. Auch wenn manche Ziele nach diesen 17 Monaten Projektlaufzeit noch nicht voll umgesetzt sind, so haben die Tandems auch nach dem offiziellen Abschluss das Bedürfnis, weiter zusammenzuarbeiten. Hinsichtlich der erreichten Ziele wurde festgestellt, dass nicht nur die Amtsübernahme der Erfolg aus diesem Projekt ist, sondern vielmehr eine Basis für die persönliche Entwicklung gelegt wurde.

Insbesondere das „Shadowing“ fand bei den zwölf Mentees großen Zuspruch. Durch ihre Teilnahme an Landesbezirks- und Beiratsitzungen

wurden sie in ihren Landesbezirken und Bezirken bekannt und so wurde auch manche Tür geöffnet. Bei einer eventuellen Fortsetzung der Projekte gaben die Mentees indes die Empfehlung, das Shadowing noch weiter auszuführen, noch mehr Insiderwissen bei den Mentoren/innen einzufordern und auf den Landesgeschäftsstellen zu hospitieren.

### Erste Erfolge

Die Teilnahme an den Sitzungen der Großen Tarifkommission (GTK), am Schöneberger Forum in Berlin oder die Hospitationswoche im Bundestag waren für einige Teilnehmerinnen echte High-

lights. Einige Mentees sind schon jetzt in gewerkschaftlichen Positionen als Landesfrauenvorsitzende, Mitglieder Geschäftsführender Landesvorstände, in Personalräten oder in Kreis- oder Bezirksgruppen. Andere sind für diese Posten nominiert.

Zum Thema „Empowerment“ stellte Projektleiterin Margaretha Müller die Voraussetzungen vor. Ein gutes Selbstbewusstsein, der Glaube an das „Ich“ und die Hervorhebung der Stärken sind gute Grundlage für Erfolg. Auch andere kochen eben nur mit Wasser und ein ständiger Vergleich mit Kolleginnen und Kollegen bringt nicht immer weiter.

### Mentoring als Möglichkeit der Nachwuchsgewinnung

Abschließend kamen die Teilnehmer/innen zu der Erkenntnis, dass das Mentoring eine hervorragende Möglichkeit der Nachwuchsgewinnung ist und dass die Zielgruppe um männliche Mentees erweitert werden sollte. Die Landesbezirke und Bezirke sollten die Mentorinnen und Mentoren zielgerichtet für die Mentees auswählen und bei manchen Tandems hat sich die Funktion des Co-Mentors bewährt. Der Erfolg des Projektes steht und fällt mit der Akzeptanz und der Unterstützung der Landesbezirke und Bezirke.

**Annette Terweide**

## Politikbetrieb in der Praxis

**Ein erster persönlicher Erfahrungsbericht von Mentee und GdP-Bundespolizistin Karin Dullnig erschien bereits in der diesjährigen DP-April-Ausgabe. Nun berichtet die Kollegin aus der Direktionsgruppe Hannover über ihre im Rahmen des Mentoring-Projekts erlebten Erfahrungen während einer einwöchigen Hospitation im Berliner Hauptstadt-Politikbetrieb:**

Seit 2006 findet das jährliche Förderprogramm für Gewerkschaftsjunioren/innen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Verbindung mit der SPD-Bundestagsfraktion statt. Im Mai 2013 fanden sich insgesamt 32 Nachwuchskräfte verschiedener deutscher Gewerkschaften als Hospitanten bei SPD-Bundestagsabgeordneten in Berlin ein.

Während der einwöchigen Hospitation war jeweils ein SPD-Bundestagsabgeordneter Ansprechpartner für die Gewerkschaftsjuniorinnen und -junioren.

Die GdP war durch zwei Kolleginnen und fünf Kollegen vertreten: Die Der Berliner Christian Krenitz hospitierte bei Dr. Eva Högl, und sein Kollege Dino Preiskowski bei Johannes Kahrs. Aus Rheinland Pfalz begleitete Jenny Maximer Fritz-Rudolf Körper und Kollege Thomas Hummels Sabine Bätzing-Lichtenthäler, aus Nordrhein Westfalen war der Kollege Rene Berg bei Dr. Rolf Mützenich sowie für den Bezirk Bundespolizei Pascal Bender bei SPD-Innenexperte Michael Hartmann und ich bei Kirsten Lühmann.

### Umfassender Einblick

Zum Wochenbeginn wurden wir bei einer Führung durch das Reichstagsgebäude in die Örtlichkeiten eingewiesen. Zuvor erhielten wir einen Mitarbeiterausweis, welcher uns einen ungehinderten Zugang zum Reichstags- sowie den angrenzenden Büro- und Verwaltungsgebäuden ermöglichte. Während unserer späteren „Orientierungsmärsche“ durch die riesigen Gebäude, Stegverbindungen und unterirdischen Wegverbindungen trafen wir regelmäßig auf politische Größen wie Bundesaußenminister Guido Westerwelle und SPD-Fraktionschef Frank Walter Steinmeier.

Das in sich aufbauende Rahmenprogramm der Woche bestand nach der Einführung in die parlamentarischen Abläufe und die Arbeit der Abgeordnete

**Fortsetzung Seite 40**





Mehrere hundert Beamte von Polizei, Justiz und Feuerwehr protestierten Mitte Juni vor dem Bremer Parlamentsgebäude gegen die Besoldungspläne des Senats. Foto: Ingo Wagner/dpa

der Bremer Aktion. „Prävention kommt vor Repression, die bei Uneinsichtigen natürlich auch nötig ist“, sagte er.

Bremens GdP-Chef Göbel avanciert indes zum gefragten Gesprächspartner der Medien. Mindestens 30 Interviews habe er seit der Kundgebung Mitte Juni auf dem Marktplatz gegeben, darunter die lokalen Medien, aber auch ZDF, RTL, Sat.1, die Zeitung „Die Welt“ und sogar ein belgischer Radiosender. Dort, auf dem Marktplatz, hatte Göbel übrigens die in Berufskleidung mit demonstrierenden Richter und Staatsanwälte schmunzelnd als willkommenen „schwarzen Block“ begrüßt.

### Keine Atempause

Trotz des beschlossenen Gesetzes, das Beamte und Versorgungsempfänger bis einschließlich der

Besoldungsgruppe A 10 mit halbjährlicher Verspätung, also seit 1. Juli mit 2,65 Prozent höheren Bezügen ausstattet (ab 1. Juli 2014 noch einmal 2,95 Prozent), die Besoldungsgruppen A 11 und A 12 mit nur einem Prozent bedient und alle anderen Beamtinnen und Beamte leer ausgehen lässt, will die GdP Bremen nicht locker lassen. Gemeinsam mit dem DGB habe man eine Musterklage vorbereitet, verlautete Göbel. Zudem habe die GdP einen umfangreichen Forderungskatalog an die Politik weitergeleitet. Und die Kolleginnen und Kollegen, sagte er DEUTSCHE POLIZEI, sollen auch weiter mobilisiert werden.

### Teils heftige Spannungen

Auch in den anderen Ländern führt die Besoldungsrunde 2013 zu teils heftigen Spannungen zwischen öD-Gewerkschaften und Regierung.

Über den aktuellen Stand informiert der Deutsche Gewerkschaftsbund auf seiner Homepage unter der Rubrik „Themen/Arbeit/Tarifvertrag“ oder der schnelle Scan des hier gedruckten QR-Codes.

Michael Zielasko



DGB-Homepage:  
Öffentlicher Dienst –  
Stand der Besoldungs-  
runde 2013

Anzeige

LBN VVaG

gegründet als  
Lehrerbrandkasse –  
heute offen für alle

Tel. 05 11/54 48 88-0  
www.lbn.de



## Weniger zahlen. Besser leben.

Sparen auch Sie mit unseren  
überaus günstigen Versicherungen.

Hausrat-, Elementar-  
schaden- und  
Glasbruchversicherung

siehe FINANZTAST 5/12

Unfallversicherung

Rechnen Sie im Internet nach oder rufen Sie uns an! Profitieren Sie über unsere günstigen Wahltarife hinaus von maßgeschneiderten Leistungen, kompetenter Beratung und persönlicher Betreuung (kein Call Center).

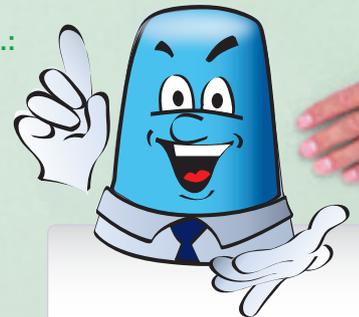


# Sicher leben

Das Präventionsportal **PolizeiDeinPartner.de** bietet allen Bürgern, Unternehmen, Institutionen und Behörden die Möglichkeit, sich online über einzelne Themenbereiche der kriminalpolizeilichen Prävention umfassend zu informieren.

## Breit gefächerte Themengebiete, z. B.:

- Diebstahl und Betrug
- Gewalt und Missbrauch
- Internet und Mobilfunk
- Sicheres Gebäude
- Verkehrserziehung und -sicherheit
- Zivilcourage



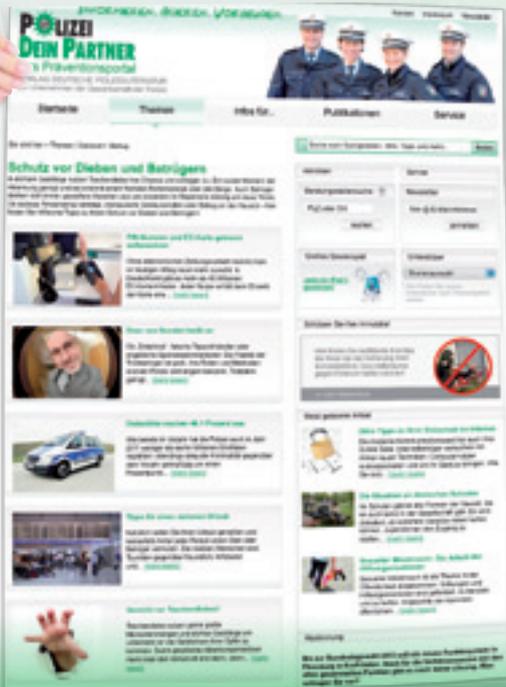
## Zielgruppenorientierte Gliederung:

- Autofahrer und ÖPNV-Nutzer
- Gewerbetreibende
- Kinder und Jugendliche
- Eltern, Lehrer und Erzieher
- Mieter und Eigentümer
- Urlauber

Und viele mehr.

## Umfangreicher Zusatz-Service:

- Viele nützliche Links und Downloads
- Monatlicher Newsletter
- Kriminalpolizeiliche Beratungsstellen
- Bußgeldrechner



# www.PolizeiDeinPartner.de

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

## POLIZEI DEIN PARTNER

Das Präventionsportal

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei

Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon 0211/7104-0, Telefax 0211/7104-174  
av@vdpolizei.de, www.vdpolizei.de



## Angemerkt

Für ältere Menschen hat der Bereich Gesundheit eine sehr hohe Bedeutung. Das deutsche Gesundheitssystem ist zwar das teuerste der Welt, aber nicht das Beste. Das führt dazu, dass sich um ihre Gesundheit besorgte Menschen auch über das Internet mit Medikamenten versorgen. Hier lauern große Gefahren.

Auch wenn der Drogenhandel immer noch attraktiv ist, werden Arzneimittelfälschungen als Geschäftsmodell für Kriminelle immer interessanter. Die Gewinne mit gefälschten Medikamenten sind höher als im Drogenhandel. Mit einem Einsatz von 1.000 Euro können im Ergebnis 100.000 Euro erwirtschaftet werden. Heroin bringt im Vergleich „nur“ 35.000 Euro. Bei solch hohen Gewinnspannen verwundert es nicht, dass die Anzahl der Fälschungen in den vergangenen Jahren enorm zugenommen hat. Die europäischen Zollbehörden beschlagnahmten allein 2012 mehr als 34 Millionen gefälschte Tabletten beziehungsweise etwa neun Millionen Verpackungen.

Die Weltgesundheitsorganisation schätzt, dass sieben bis zehn Prozent aller Medikamente in Industrieländern Fälschungen sind. Die meisten Imitate gelangen über unseriöse Internetanbieter an die Verbraucher. Die Fälschungsraten bei Arzneimitteln, die über inhabergeführte Apotheken vertrieben werden, liegt dagegen nach Angaben des Zentrallabors Deutscher Apotheken hierzulande bei knapp einem Prozent.

Während das deutsche Arzneimittelgesetz (AMG) eine konsequente Überwachung der Vertriebswege, einschließlich des Großhandels, vorschreibt, bestehen in zahlreichen anderen europäischen Ländern erhebliche Regelungslücken. Den Online-Versand von Arzneimitteln erlauben innerhalb der Europäischen Union derzeit nur sechs Staaten. Neben Deutschland sind dies Dänemark, die Niederlande, Portugal, Schweden und Großbritannien. Im vergangenen Jahr wurden bei einer internationalen Aktion unter Beteiligung des Bundeskriminalamtes (BKA) und anderer deutscher Behörden etwa 100 Internetseiten identifiziert, auf denen mutmaßliche deutsche Anbieter illegale Arzneimittel zum Verkauf angeboten haben.

Dass Patienten Medikamente über

das Internet bestellen, liegt zum einen daran, dass die Produkte oft wesentlich günstiger und verschreibungspflichtige Medikamente auch ohne Rezept erhältlich sind. Aber auch das Schamgefühl und mangelndes Vertrauen in den Arzt oder Apotheker spielen eine Rolle.

Wichtig ist es, die Risiken zu kennen und besondere Vorsicht beim Arzneimittelkauf im Internet walten zu lassen. Eine

## Ost-Rentengipfel in Berlin

Einer Tradition folgend hat die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft als Initiator des 2008 gegründeten Bündnisses (ver.di, GdP und GEW) für die Rentenangleichung Ost auch in diesem Jahr in Vorbereitung der Bundestagswahl zum Ost-Rentengipfel eingeladen. Bei dem Treffen in der ver.di-Bundesverwaltung am 8. Mai in Berlin sollten die zur Wahl antretenden Parteien zu ihren Plänen für die Angleichung des Rentenwertes Ost an den im Westen befragt werden.

Seitens der GdP waren dabei die Schriftführerin im Geschäftsführenden Bundesseniorenvorstand und Vorsitzende der Landesseniorengruppe Brandenburg, Sigrid Graedtke, der Landeseniorenvorsitzende Sachsen-Anhalts, Wolfgang Jung, sowie weitere Kolleginnen und Kollegen aus Berlin und Brandenburg.

Obwohl alle im Bundestag vertretenen Parteien eingeladen wurden, fehlten CDU/CSU und FDP. Im Eröffnungsreferat erinnerte ver.di-Chef Frank Bsirske an das Versprechen der Koalition von 2009: „in dieser Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West einzuführen“. Er endete mit den Worten: „versprochen – gebrochen.“ Das dazu warum die Vertreter von Union und FDP der Veranstaltung fernblieben.

Judith Kerschbaumer, Leiterin des Bereiches Sozialpolitik bei ver.di, blickte auf die Aktivitäten des vor fünf Jahren gegründeten Bündnisses zurück. Sie sagte: „Wäre man dem Plan von ver.di gefolgt, der Abstand zwischen den Rentenwerten Ost und West läge nicht mehr bei 2,40 Euro (ab 1.Juni.2013) sondern nur noch bei 72 Cent.“ Vom 1. Juni.2012 bis 30.Juni.2013 beträgt der Unterschied 3,15 Euro.

Die stellvertretende SPD-Vorsitzende und Ministerin für Arbeit, Gleichstellung

und Soziales in Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, sagte, dass die Einführung eines Mindestlohns, wie vorgesehen oder höher, maßgeblich dazu beitrage, die Finanzierung der Rentenangleichung sicherzustellen. Sie sprach von einem Zeitfenster bis 2020, betonte aber, dass die SPD was tue. In der Diskussion musste sich Schwesig aber auch daran erinnern lassen, dass es die rot-grüne Koalition war, die von 1998 bis 2005 nichts für die Rentenangleichung getan hat, aber zum Sozialabbau beitrug.

Bleib gesund! Wünscht der Bundeseniorenvorstand.

Anton Wiemers

In der Nachmittagsdiskussion standen die Bundestagsabgeordneten Iris Gleicke (SPD), Wolfgang Strengmann-Kuhn (Bündnis 90/Grüne) und Matthias W. Birkwald (Linke) Rede und Antwort. Dabei sprach Gleicke offen aus, dass die Agenda 2010 Leiharbeit, Minijobs und Niedriglöhne gefördert hat. „Das war ein Fehler und muss korrigiert werden“ sagte sie. Im Gegensatz zu bisherigen Veranstaltungen war auffällig, dass alle drei Vertreter der Opposition fast gleiche oder sich sehr ähnelnde Auffassungen zu diesem Problem vertraten. Das gab es bislang so nicht. Die Bemerkung des Linke-Abgeordneten an seine Parlamentskollegen, „passen Sie gut auf, was Sie versprechen“ war sicher ein Ausdruck dieser „Einigkeit“. Zuvor hatte er davon berichtet, dass seine Fraktion das ver.di-Modell als Antrag in den Bundestag eingebracht hat, aber auch SPD und Grüne das abgelehnt haben. In den Landesveranstaltungen haben sich die Landtagsabgeordneten oft damit herausgeredet, dass die Rente ja Bundessache sei und sie da wenig tun könnten. Hier war das nicht der Fall. Bleibt abzuwarten was die CDU/CSU im Wahlprogramm beschließt.

Wolfgang Jung,  
Vorsitzender der Seniorengruppe  
des Landesbezirks Sachsen – Anhalt.



## MENTORING-Projekt

ten aus gemeinsamen Besuchen von Arbeitsgruppen- und Ausschusssitzungen, der Teilnahme an einer Fraktionssitzung der SPD und dem Besuch des Plenums des Deutschen Bundestages. Weiterhin wurde uns Hospitanten die Begleitung unserer jeweiligen Abgeordneten zu externen Terminen ermöglicht, dies waren Arbeitsgespräche, Empfänge, Lesungen und Arbeitessen. Die harmonische Atmosphäre einzelner Termine kann allerdings nicht über den langen, arbeitsreichen und letztlich auch Kraft zehrenden Tag einer oder eines Bundestagsabgeordneten hinwegtäuschen.

### Termine ... Termine

Die vielen Termine können nur durch die geplante Abwesenheit im Plenum abgearbeitet werden. Entsprechend der aktuellen Ereignisse änderten sich der Terminkalender und das Arbeitsvolumen „meiner Abgeordneten“ während der Plenarwoche sehr kurzfristig: Als Mitglied des Innenausschusses, Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Vorsitzende des Unterausschuss Kommunales und stellvertretende Vorsitzende des Untersuchungsausschuss Gorleben, erklärte sie ihr routiniertes Auftreten gerade in diesen Momenten mit ihren dienstlichen Erfahrungen als Polizeivollzugsbeamtin: Blaulichteinsatz, Situation erfassen, schnellstmögliche Gewinnung gesi-

cherter Informationen und Abarbeitung. Die Abgeordnete präsentierte sich als wahre Künstlerin des Netzwerkers und wies wiederholt auf den Nutzwert kurzfristiger aktueller Informationen hin.

### Angeregte Gespräche

Die engen Terminkalender hielten den SPD-Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier sowie den Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion Thomas Oppermann unterdessen nicht davon ab, sich einer Diskussionsrunde mit uns Hospitanten zu stellen. Zudem war auch der Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD, Klaus Barthel, bereit, an einer sehr angeregten Diskussionsrunde in der Berliner-SPD-Parteizentrale, dem Willy-Brandt-Haus, teilzunehmen.

Und zu dem von uns als Highlight der Woche erkorenen Event – dem Pfingstempfang auf den Fernsehturm ALEX – lud der Bundesvorstand des DGB ein.

### Unvergessliches Erlebnis

Die Woche war geprägt durch die persönlichen Kontakte zu den Abgeordneten des Deutschen Bundestages, Politikern und Vertretern verschiedenster Organe, den anderen Gewerkschaftsju-



**Karin Dullnig und Pascal Bender in der Kuppel des Berliner Reichstages.**  
Foto: GdP

nioren sowie den Lobbyisten, die trotz vielfacher Zeitnöte in einem harmonischen und ausgeglichenen Miteinander auf persönlicher Ebene stattfanden.

Wir danken allen Beteiligten für das unvergessliche und einmalige Erlebnis!  
**Karin Dullnig**



Nr. 8 • 62. Jahrgang 2013 •  
Fachzeitschrift und Organ der  
Gewerkschaft der Polizei



**Erscheinungsweise und Bezugspreis:**  
Monatlich 2,90 EURO  
zuzüglich Zustellgebühr.  
Bestellung an den Verlag.  
Für GdP-Mitglieder ist der  
Bezug durch den  
Mitgliedsbeitrag abgegolten

## Deutsche Polizei

**Herausgeber:** Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,  
Stromstr. 4, 10555 Berlin  
**Telefon Berlin** (030) 399921-0 Fax (030) 399921-200  
**Internet:** www.gdp.de

**Chefredakteur/Leiter Abt. Presse:**  
Rüdiger Holecek,  
**Stellv. Chefredakteurin/Stellv. Leiterin Abt. Presse:**  
Marion Tetzner

**Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,**  
10555 Berlin  
**Telefon:** (030) 39 99 21 - 113, - 117,  
Fax (030) 39 99 21 - 200  
**E-Mail:** gdp-pressestelle@gdp.de  
**Grafische Gestaltung & Layout:**  
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



**VERLAG  
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der Gewerkschaft  
der Polizei**  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
**Telefon** Düsseldorf (0211) 7104-183  
**Fax** (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdp.polizei.de

**Geschäftsführer:**  
Bodo Andrae, Joachim Kranz

**Anzeigenleiterin:**  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35  
vom 1. Januar 2013



**Druckauflage dieser Ausgabe:**  
176.029 Exemplare  
ISSN 0949-2844

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG,  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,  
Postfach 1452, 47594 Geldern,  
Telefon (02831) 396-0,  
Fax (02831) 89887

### Titel

Foto:  
Marcus Brandt/dpa

Gestaltung:  
Rembert Stolzenfeld



# Punkten mit ... ... Prüfungswissen



**Neuerscheinung:**

## Prüfungswissen Verkehrsrecht

Lernhilfen, Tests  
und Klausuren  
mit Lösungen



Von **Karl-Peter Conrads**  
und **Bernd Brutscher**.

1. Auflage 2013,  
208 Seiten, Format 16,5 x 24 cm,  
Broschur,  
19,90 EUR [D],  
ISBN 978-3-8011-0637-9

Grundlage dieses Buches sind die vier Auflagen des bisher unter dem Titel „Musterklausuren Verkehrsrecht“ erschienen Buches. Neben der inhaltlichen Aktualisierung unter Berücksichtigung der Neufassung der Straßenverkehrsordnung und der neuen Bestimmungen zum Fahrerlaubnisrecht mit insbesondere den neuen Klasseneinteilungen und dem Besitzstandsrecht wurde ebenso versucht, die neuen Studienreformen und -inhalte mit in dieses Übungsbuch einzubeziehen, ohne die altbewährten Übungsformen über Bord zu werfen und ohne den Schwerpunkt der Klausurbearbeitung zu verwässern.

### Die Autoren

*Karl-Peter Conrads,*  
Erster Polizeihauptkommissar a. D.

*Bernd Brutscher,*  
Erster Polizeihauptkommissar.



**Neuerscheinung:**

## Prüfungswissen Staats- und Verfassungsrecht

Wissens- und  
Verständnisfragen  
Problemorientierte  
Antworten



Von **Horst Döding**  
und **Karsten Webel**.

1. Auflage 2013,  
368 Seiten, Format 16,5 x 24 cm,  
Broschur,  
24,90 EUR [D],  
ISBN 978-3-8011-0714-7

Dem Staats- und Verfassungsrecht kommt auch nach der Umstellung des Fachhochschulstudiums „Polizei“ auf das Bachelor-Format inhaltlich eine zentrale Bedeutung in der Ausbildung zu. Die wesentlichen Zusammenhänge und Strukturen des Staats- und Verfassungsrechts vermittelt dieses Buch in konzentrierter Form. Der Schwerpunkt des Buches liegt im Bereich Wissens- und Verständnisfragen. Die dazugehörigen Antworten sind kurz und problemorientiert und konzentrieren sich auf die Sachprobleme. Die Auswahl und Gewichtung des Stoffes orientieren sich an den Studienplänen der Fachhochschulen des Bundes und der Länder. Ein Literatur- und Stichwortverzeichnis rundet das Werk ab.

### Die Autoren

*Horst Döding,*  
Ltd. Regierungsdirektor a. D.

*Dr. Karsten Webel,*  
Master of Laws, Oberregierungsrat.

**Bereits erschienen:**

## Prüfungswissen Bundespolizeirecht

Grundlagenwissen  
Würdigungstechnik  
Prüfungsschemata  
Klausuren  
Lösungen



Von **Marc Wagner**.

1. Auflage 2012  
144 Seiten, Format 16,5 x 24 cm,  
Broschur,  
19,90 EUR [D],  
ISBN 978-3-8011-0674-4

Dieses Buch führt die Anwärter für die Laufbahn des mittleren wie des gehobenen Polizeivollzugsdienstes in der Bundespolizei an die Klausurbearbeitung heran. Im ersten Teil vermittelt der Autor die grundlegenden Rechtskenntnisse und das arbeitstechnische Basiswissen für die Prüfungen. Der zweite Teil bietet mit mehreren Übungsfällen inklusive Lösungen die Möglichkeit, den abstrakten Lehrstoff zu trainieren und prüfungsrelevant umzusetzen.

### Der Autor

*Prof. Dr. Marc Wagner,*  
Dozent an der Fachhochschule des Bundes  
für öffentliche Verwaltung in Brühl.



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb**

Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 0211/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: [vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de](mailto:vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de) • [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

NEUHEIT

# LED LENSER® M17R

## Revolution Recharged

Die LED LENSER® M17R ist die richtige Ausrüstung für alle, die nicht nur eine praxiserprobte Hochleistungslampe suchen, sondern einen technischen Vorreiter, der heute schon zukunftsweisende Innovationen bietet. Allein die neue **Safety Ytrion Cell** bringt Vorteile, die man im wiederaufladbaren Bereich bislang kaum kannte: **Extreme Betriebssicherheit**, **Schnellladefähigkeit**, **hohe Energiedichte** und **über 3000 Ladezyklen** ohne nennenswerten Kapazitätsverlust. Der **Fast Action Switch** bietet besonders viel Komfort. Mit einer Lichtleistung von bis zu **850 Lumen\*** überstrahlt dieser Leistungsriese zurzeit die meisten Lampen seiner Klasse.



Ladeanzeige



360° Power Indicator



Art.-Nr. 8317-R

\* ANSI FL1 Standard, gemessen in der hellsten Einstellung.

# ZWEIBRÜDER® OPTOELECTRONICS

Zweibrüder Optoelectronics GmbH & Co. KG • Germany • 42699 Solingen • Kronenstr. 5-7 • Tel.+49 212/5948-0 • Fax+49 212/5948-200 • www.zweibrueder.com • info@zweibrueder.com